PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Weltweit größte Pflanzenvielfalt auf Insel

Die Insel Neuguinea beheimatet mehr als 13.500 Pflanzenarten, von denen zwei Drittel endemisch sind. Dies geht aus einer neuen botanischen Studie hervor, die besagt, dass die Insel die größte Pflanzenvielfalt aller Inseln der Welt aufweist – sogar 19 % mehr als Madagaskar, was bisher den Rekord hielt.

99 Botaniker aus 56 Institutionen in 19 Ländern hatten pflanzliche Proben untersucht, von denen die ersten von europäischen Reisenden in den 1700er Jahren gesammelt worden waren. Große Teile im Inneren der Insel Neuguinea sind noch immer unerforscht und einige historische Pflanzen-Sammlungen müssen erst noch untersucht werden. Forscher schätzen, dass in den nächsten 50 Jahren 4.000 weitere Pflanzenarten gefunden werden könnten, wobei die Entdeckungen „keine Anzeichen einer Nivellierung“ zeigen, so die im englischsprachigen Fachmagazin „*Nature*“ am 5. August veröffentlichte Arbeit.

„Es ist ein Paradies, in dem es vor Leben wimmelt“, sagte der leitende Forscher der breit angelegten Studie, Dr. Rodrigo Cámara-Leret, Biologe an der Universität Zürich (Schweiz). „Die Insel ermöglicht verschiedene Arten von Lebensräumen, wie Mangroven, Sumpfwälder, Tiefland-Tropenwälder und auch Berg-Wälder, die einen hohen Grad an Endemismus aufweisen“, sagte Cámara-Leret. „Und dann ganz oben, knapp unterhalb der Grenze des Pflanzenwachstums, liegen diese alpinen Grasländer ... Dieser Lebensraum ist im Grunde einzigartig für Neuguinea in Südostasien“, ergänzte er.

Eine der überraschendsten Entdeckungen war, wie viele Pflanzen ausschließlich auf der Insel

vorkommen. So sind beispielsweise 98 % der Heidekrautarten endemisch, ebenso wie 96 % der afrikanischen Veilchen und 95 % der Ingwerarten.

Viele Wissenschaftler hatten vermutet, dass Neuguinea die höchste Diversität aufweisen würde, aber die botanische Erforschung der Insel blieb dennoch begrenzt. Im Gegensatz zu Madagaskar - wo es seit dem Jahr 2008 eine Arten-Checkliste gibt - war die Insel nie systematisch untersucht worden und frühere Schätzungen legten nahe, dass sie zwischen 9.000 und 25.000 Arten aufweisen könnte.

Insgesamt fanden die Botaniker 13.634 Pflanzenarten, aufgeteilt in 1.742 Gattungen und 264 Familien.

Im Jahr 1700 brachte der Engländer William Dampier die frühesten wissenschaftlichen Exemplare aus der Region mit, die Jahrzehnte der europäischen Forschung inspirierten. Im Jahr 1770 sammelte der britische Botaniker Joseph Banks, der sich mit auf der Reise von Captain James Cook befand, eine *Segge* - eines der frühesten bekannten Exemplare, das in die Studie aufgenommen wurde.

Die Taxonomie der Region baute sich langsam auf, wobei Pflanzen gesammelt und zu verschiedenen Institutionen auf der ganzen Welt gebracht wurden. Das Landesinnere blieb jedoch bis nach dem Zweiten Weltkrieg unzugänglich und Basislager konnten nur mit Hilfe von Flugzeugen errichtet werden. Diese Bergregionen im Hochland erwiesen sich als die vielfältigsten und in den letzten 50 Jahren wurden 2.800 neue Arten erfasst. Botaniker sahen mehr als 700.000 Exemplare durch. Darunter befanden sich mehr als 2.800 Orchideenarten und 3.900 Baumarten.

Die Autoren der Studie bedauern, dass nur ein Botaniker aus Indonesien und niemand aus Papua-Neuguinea an der Studie beteiligt war. Sie forderten die Regierungen beider Länder auf, die

Aus- und Weiterbildung einheimischer Wissenschaftler und Forscher besser zu fördern. Diese wüssten am besten, wo sich auf der Insel noch bisher unentdeckte Arten finden ließen, hieß es. (www.nature.com, Westpapua-Netzwerk online, *The Guardian* 05.08.20)

US-Innenministerium finanziert Korallenschutz

Die Abteilung *Office of Insular Affairs* im US-amerikanischen Innenministerium hat der *Coral Reef Initiative* 1.626.225 US-Dollar zum Schutz der Riffe zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld sollen Müllsäuberungen an Riffen und Stränden durchgeführt werden sowie invasive Arten an Korallenriffen bekämpft werden. Zu Gute kommt das Geld den amerikanischen Außen- und Treuhandgebieten u.a. im Pazifik.

So erhält **Guam** 103.057 US-Dollar für Erhaltungsmaßnahmen gesunder Riffe vor der Küste. Dazu sollen vor allem Projekte gegen Bodenerosionen am Strand durchgeführt werden sowie die Trinkwasserqualität in den Reservoirs verbessert werden.

Die **U.S. Virgin Islands** erhalten 239.970 US-Dollar, damit soll die „*Stony Coral Tissue Loss*“-Krankheit bekämpft werden, von der vier von insgesamt sieben vom Aussterben bedrohte Korallenarten betroffen sind.

Die **Nördlichen Marianen** erhalten 205.890 US-Dollar. Damit soll das Grundwasser-Management verbessert werden. Außerdem sollen Küstenabschnitte aufgeforstet werden, um den Boden vor Erosionen zu schützen. Erosion in Küstennähe bedroht Korallenriffe, da abrutschende Erde das Riff bedecken könnte.

Die **Nova Southeastern University** in Florida erhält 200.000 US-Dollar. Sie koordiniert die Aktionen der *Coral Reef Management Fellowship*, in der sich US-Samoa, Guam, die Marianen und die Virgin Islands zusammenge-

geschlossen haben. In diesen Ländern arbeitet jeweils ein *fellow* (Berater) bei den nationalen Umweltschutzbehörden mit, um auf die Belange des Korallenschutzes aufmerksam zu machen und diesen zu überwachen.

Mit 150.275 US-Dollar unterstützt das *Office of Insular Affairs* die **palauische** Nichtregierungsorganisation (NGO) *Ridge to Reefs*. Diese Organisation unterstützt lokale Gemeinden auf der Hauptinsel Babeldaob bei Aktivitäten zur Qualitätssicherung von Trinkwasser. Außerdem bemüht sich die NGO um die Dekontaminierung aufgelassenen Farmlandes, dessen Grundwasser durch Insektizide und Pestizide vergiftet ist.

Das Gouverneursbüro in **Amerikanisch-Samoa** wird mit 135.930 US-Dollar gefördert. Damit soll der Fluss Vaipito gesäubert werden, der bei Pago Pago ins Meer mündet. Außerdem sollen die artenreichen Schwemmländer im Hinterland des Hafengebietes besser vor Umweltverschmutzung geschützt werden.

(<https://www.doi.gov/oia/financial-assistance>, *Pacific News Center* 03.07.20)

Online-Konferenz der Fischereiminister

Im Mittelpunkt der ersten virtuellen Konferenz der Fischereibeauftragten der pazifischen Inselstaaten standen Überlegungen zu den Auswirkungen von Überfischung, Meeresverschmutzung und den Folgen des Klimawandels.

Die Minister und regionalen Fischereibeauftragten hatten sich Ende August zu einer mehrtägigen Videokonferenz getroffen, um u.a. das neue Rahmenabkommen über Sicherheit von aquatischen Lebewesen (*Regional Framework on Aquatic Biosecurity*) zu verabschieden.

Eröffnet wurde das virtuelle Treffen von Henry Puna, dem Premierminister und Fischereiminister der Cook-Inseln. Er appellierte an das „*mana*“ und den „*Pacific Community Spirit*“ der pazifischen

Bewohner.

Schwerpunkt der Konferenz war die „*Coastal Fisheries Report Card*“, die von der Pacific Community entwickelt wurde. Dieser Sachstandsbericht soll jährlich den fischfangtreibenden Nationen einen Überblick verschaffen über biologische, soziale und wirtschaftliche Indikatoren der Küstenfischerei. Die Minister diskutierten mit Sorge den Rückgang essbarer Fische in Küstennähe und die allgemeine Überfischung von Nahrungsfischen. Es bedürfe eines besseren Schutzes des Ökosystems in Küstennähe, da 89 % der Pazifikbewohner beinahe täglich, zumindest aber wöchentlich, Fisch oder Seefrüchte essen und darüber ihren Proteinbedarf decken. 30 % aller Haushalte auf den Pazifikinseln sind im Küstenfischfang involviert.

Positiv überrascht zeigten sich die Teilnehmenden über die Erfolge im Müll-Management. Hier habe sich in der Vergangenheit viel getan, so dass Fischereiboote ihren Müll jetzt nicht mehr illegal ins Meer entsorgten, sondern an Land fach- und sachgerecht in den entsprechenden Mülldeponien lagerten. Es bleibe aber wichtig, auf die Gefahr von „Geisternetzen“ vor allem für Korallenriffe und Fische aufmerksam zu machen, hieß es aus der Runde.

Zum Schluss der Konferenz äußerten die Minister Lob an der vom *Pacific Islands Forum Secretariat* vorgelegten und ständig verbesserten „*Blue Pacific Strategy 2050*“. (*Pressemitteilung SPC Media* 28.08.20)

USAID unterstützt Pazifik in Corona-Pandemie

Die staatliche amerikanische Entwicklungshilfeorganisation *USAID* hat seit Beginn der Corona-Pandemie bis dato 24,2 Millionen US-Dollar an Organisationen in Fidschi, Kiribati, den Marshall-Inseln, Mikronesien, Samoa, Tonga und Tuvalu verteilt. Das Geld floss vor allem zu den beiden Partnern *Catholic Re-*

lief Services und dem *Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen* (UN World Food Program, WFP). Diese Partner verteilen mit Hilfe lokaler Organisationen in den betreffenden Pazifikstaaten mobile Handwaschstationen, Hygieneartikel wie Mund-Nasen-Schutz und Wassertanks zur Verhinderung des weiteren Ausbreitens des Corona-Virus.

Außerdem werden von dem Geld Sonderflüge des WFP finanziert, mit denen Medikamente und medizinische Hilfsmittel in Gegenden gelangen, die wegen des Lockdown derzeit nicht offiziell angefliegen werden können. Zudem können mit den amerikanischen Hilfsgeldern regionale Kommunikationsmöglichkeiten wie etwa Radiostationen ausgebaut werden, mit Hilfe derer die Menschen in entlegenen Gebieten Informationen über die Corona-Pandemie erhalten können.

Info: Die *United States Agency for International Development* ist eine Behörde der Vereinigten Staaten für Entwicklungszusammenarbeit. Die unabhängige Behörde mit Sitz in Washington, D.C. koordiniert im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die gesamten Aktivitäten der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. (*Matangitonga* 17.07.20, *Wikipedia*)

ADB erhöht Darlehen wegen Corona-Pandemie

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) stellt dreizehn pazifischen Inselstaaten weitere 7,3 Millionen US-Dollar zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung. Bereits zu Beginn der Pandemie im März hatte die ADB 600.000 US-Dollar bereitgestellt. Mit dem Geld sollen dringend benötigte Schutzausrüstung sowie Medikamente und Hygieneartikel angeschafft werden. (*Pacnews* 13.07.20)

Australischer Journalist erhält Stipendium

Der australische Journalist Nic Maclellan aus Melbourne hat Anfang Juli von der *Walkey Foundation* das „*Sean Dorney Stipendium für pazifischen Journalismus*“ erhalten. Dieses mit 10.000 US-Dollar ausgelobte Stipendium soll australischen Journalist*innen zu Gute kommen, die sich für eine sachliche, gut recherchierte und seriöse Berichterstattung über die pazifischen Inselstaaten einsetzen. Mit dem Geld sollen Autoren und Nachrichtenagenturen ausgezeichnet werden, die oft und sachlich-seriös über den Pazifik berichten.

In diesem Jahr erreichte die Jury eine Vielzahl von hochkarätigen Einsendungen, so dass gleich zwei Stipendien vergeben wurden. Das zweite Stipendium erhielt Jo Chandler für seinen Bericht „*Degrees of Change: The fight for climate justice in the Pacific*“.

Jurymitglieder waren der ehemalige Korrespondent der *Australian Broadcasting Association*, Sean Dorney, nach dem das Stipendium benannt ist, sowie selbständige Journalisten aus dem Pazifik wie auch angestellte Redakteure der Tageszeitungen „*The Samoan Observer*“ (Samoa) und „*The Age*“ (Melbourne/Australien).

Nic Maclellan erhielt das Stipendium für seine Analyse des Verhältnisses zwischen Australien, Frankreich und dem Pazifik vor dem Hintergrund der Sorge um eine Zunahme des chinesischen Einflusses in Ozeanien. Er konzentrierte sich dabei vor allem auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kanaken und der Maohi in Französisch-Polynesien vor dem Hintergrund der Coronapandemie. Seine Analyse trägt den Titel „*France and Pacific self-determination during the COVID crisis*“.

Info: Maclellan arbeitet seit 40 Jahren als Journalist und kritischer Beobachter der Entwick-

lungen im Pazifik. Er schreibt als investigativer Journalist zu ganz unterschiedlichen Themen wie etwa den Folgen der französischen Atomtests, der Arbeitsmigration im Pazifik, zu Menschenrechtsfragen in Westpapua und zum Klimawandel.

Im Jahr 2015 erhielt er vom *Australian Council for International Development* die Auszeichnung „*Outstanding Contribution to the Sector*“.

Nic Maclellan schreibt regelmäßig für das in Suva (Fidschi) herausgegebene „*Islands Business Magazine*“ sowie für die britische Tageszeitung „*The Guardian*“ und das Nachrichtenportal „*Inside Story*“ in Australien. Außerdem publizierte er mehrere Bücher zu pazifischen Themen, zuletzt 2017 „*Grappling with the bomb*“ über die britischen Atomtests im Pazifik.

Er leidet an der Motoneuron-Krankheit und möchte das Stipendium u.a. für die weitere medizinische Forschung zu dieser sehr seltenen neurogenerativen Erkrankung zur Verfügung stellen. (*Islands Business* 08.07.20, <https://www.policyforum.net/authors/nic-maclellan/>, <https://www.walkleys.com/grants/sean-dorney-grant/>)

Neuer Vize-Generalsekretär des PIF

Am 21. Mai 2020 wurde Dr. Filimon Manoni von den Marshall-Inseln zum neuen Vize-Generalsekretär des *Pacific Islands Forum Secretariat* (PIF) gewählt. Manoni arbeitete bereits seit Ende 2018 für das PIF, er hatte die Funktion eines juristischen Beraters inne. Zuvor war er Generalstaatsanwalt der Marshall-Inseln und arbeitete als juristischer Berater der *Pacific Islands Forum Fisheries Agency*.

Manoni ist Nachfolger von Frau Cristelle Pratt, die das Amt von 2014 bis 2020 innehatte.

(<https://www.forumsec.org/tag/dr-filimon-manoni/>)

Kampf gegen Palmen-Nashornkäfer

Ende Juli sind 5.500 Köderfallen an Vanuatu und die Salomonen verteilt worden. Darin sollen sich die Larven des Kokospalmen-Nashornkäfers verfängen. Die beiden Staaten leiden unter einer besonderen Mutation des Käfers, für die es noch kein richtiges Gegenmittel gibt.

Bereits 2007 traten in Guam gravierende Palmenschäden durch den Palmen-Nashornkäfer auf. In Neuseeland durchgeführte intensive Studien zeigten, dass es sich dabei um einen bislang unbekannt, genetisch als Haplotyp G definierten Nashornkäfer handelt, der nicht für ein zuvor auf Guam „ausgesetztes“ Virus empfänglich ist. Dieser Haplotyp-G-Typus hat sich inzwischen als Palmenschädling in weiteren pazifischen Ländern etabliert, darunter auch Hawai'i, den Salomonen und Vanuatu. Es gilt, auch für diese Schädlingsvariante entweder einen neuen biologischen Begrenzungsfaktor zu finden oder zu versuchen, die Virulenz des Genoms des o. g. *Oryctes-Virus* entsprechend zu verändern.

Ersten Schätzungen zufolge könnten die Pazifikstaaten bis zum Jahr 2040 um die 237 Millionen NZ-Dollar durch die Schäden verlieren, die die Käfer an den jungen Trieben von Kokospalmen anrichten. Durch die Käfer sterben manche Palmen innerhalb nur eines Jahres ganz ab und können sich auch nicht erholen.

Das auf vier Jahre angelegte Programm zur Bekämpfung des Nashornkäfers (*Pacific Awareness and Response to the Coconut Rhinoceros Beetle Project*, PARC) wird von der *Pacific Community* (SPC) umgesetzt. Die Gelder - rund vier Millionen NZ-Dollar - zur Bekämpfung der invasiven Spezies kommen vom neuseeländischen Handelsministerium.

Die Behörden auf Vanuatu und den Salomonen planen nun die Säuberung von Kokospalmen-

plantagen durch Abholzung morscher Palmen, das Verbrennen des Totholzes und den Einsatz von Köderfallen.

In den letzten zehn Jahren hat der Kokospalmen-Nashornkäfer zehn pazifische Staaten befallen: Guam, die Salomonen, Papua-Neuguinea, Vanuatu, Palau, Hawai'i und Neukaledonien. Vor allem auf Hawai'i und auf Guam wurden ganze Kokospalmen-Plantagen ruiniert und sorgten so für einen wirtschaftlichen Einbruch der Kokos-Industrie.

Info: Der asiatische Palmen-Nashornkäfer (Oryctes rhinoceros) ist eine Art von Nashornkäfern aus der Familie der Scarabaeidae. Er befällt die sich entwickelnden Wedel von Bast, Kokosnuss, Öl- und anderen Palmen im tropischen Asien und auf einer Reihe pazifischer Inseln. Die rund vier Zentimeter großen rötlich-schwarzen Käfer sind deshalb so gefährlich für Palmen, weil diese eine sehr spezielle Wuchsart haben. Anders als beispielsweise Laubbäume haben sie nur einen Vegetationskegel. Er liegt am oberen Ende der Pflanze. Die Palmen-Nashornkäfer kriechen in die Kronen der Palmen und bohren dort Löcher in die Wachstumszone. Wird diese beschädigt, stirbt die Palme. (Pressemitteilung SPC Media 21.07.20, Wikipedia, Die Welt 04.12.16, <https://www.julius-kuehn.de/bi/70-jahre-biologischer-pflanzenschutz/fliegende-virusfabriken-retten-in-den-1960er-jahren-kokospalmen/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Chinas Schuldenfallen-Diplomatie fordert PNG und Australien heraus

Die sich rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage in Papua-Neuguinea birgt einige ernste Herausforderungen für die Regierung des Landes, die bereits mit der Finanzierung des Haushalts für 2020 ringt.

Jedoch bahnt sich eine mindestens genauso ernste, wenn nicht gar ernstere, Herausforderung an. In einer fiskalpolitisch anfälligen Zeit verstrickt sich Papua-Neuguinea zunehmend in chinesischen Schulden, was am Ende des Tages unausweichlich einige schwerwiegende Entscheidungen für die australische Regierung nach sich ziehen wird.

Eine Reihe von Untersuchungen zur Feststellung der wirtschaftlichen Lage in PNG, welche in den letzten Wochen von Banken und Rating-Agenturen durchgeführt wurden, zeichnen ein düsteres Bild. Das Haushaltsdefizit ist mit über 7 Mrd. Kina (~ 2,7 Mrd. AUD) prognostiziert bei Investitionsausgaben von insgesamt 18 Mrd. Kina (~ 7 Mrd. AUD). Die Regierung Papua-Neuguineas hat es bislang nicht geschafft, das Defizit zu finanzieren, weshalb sogar von einem höheren Defizit als bislang prognostiziert ausgegangen werden kann.

Gleichzeitig gibt es Anzeichen dafür, dass PNG dem Risiko der steigenden Verschuldung gegenüber China ausgesetzt ist.

Der Minister für Staatsunternehmen Sasindran Muthuvel offenbarte kürzlich, dass PNG der Volksrepublik China mehr als 1,6 Mrd. Kina (~ 621 Millionen AUD) allein für Telekommunikationsprojekte schuldet – von denen die meisten vom Unternehmen *Huawei* durchgeführt wurden.

Das Staatsunternehmen Telikom PNG fährt Berichten zufolge schwere operative Verluste von mehr als zwei Mrd. Kina (~ 777 Millionen AUD) ein, welche mit den von Huawei durchgeführten Projekten in Verbindung stehen sollen.

Die Darlehen umfassen fast eine Mrd. Kina (~ 388 Millionen AUD) für das Kumul-Unterwasserkommunikationskabel, welches PNGs größte Zentren verbindet.

Das Projekt wurde weithin dafür kritisiert, dass es die Auswirkungen von Erdbeben vernachlässigt hat, und das Kabel erlitt im Mai letzten Jahres während einer Erschütterung mehrere Brüche.

Und trotz all der Versprechen über günstigere Verbraucherkosten und schnellere Internetverbindungen wurde weder das Eine noch das Andere eingehalten.

Hinzu kommt ein weiteres Darlehen von über 200 Millionen Kina (~ 75 Millionen AUD) für das nationale Rechenzentrum von PNG, für welches Huawei Arbeiten ausgeführt hat. Das Rechenzentrum ist nicht nur ein potenzielles Sicherheitsrisiko, sondern ist praktisch nicht in Betrieb, was den zuständigen Minister zu dem Vorschlag bewegte, dass PNG diese Darlehen nicht zurückbezahlen sollen müsste.

Ein weiteres von China finanziertes Projekt ist das eines nationalen Ausweisdokuments. Bislang wurden etwa eine Million der rund acht Millionen Niuginis mit einem solchen ausgestattet, mit der Begründung, dass aufgrund der Covid-19-Pandemie das Projekt vorläufig eingestellt werden musste.

Insgesamt beläuft sich der Betrag im Bereich (Tele)Kommunikation, welchen PNG der Volksrepublik China schuldet, auf etwa drei Mrd. Kina (1,2 Milliarden AUD), also weitaus mehr, als von offiziellen Zahlen bislang angegeben.

Der Bereich Kommunikation ist nur ein Bereich, in welchem die Schuldenfallen-Diplomatie von

China Einfluss in PNG nimmt. Das Bild wird noch düsterer, wenn Straßenarbeiten, Häfen und Flughäfen hinzukommen.

Im Gange ist die Entwicklung des *Kavieng International Flughafen* in New Ireland zu 200 Millionen Kina (~ 78 Millionen AUD) und auch die Arbeit an der Weiterentwicklung des *Highlands Highway* zu 500 Millionen Kina (~ 194 Millionen AUD). Beide Projekte werden von chinesischen Staatsbetrieben durchgeführt.

Berichten zufolge sei die Qualität der Straßenarbeiten und anderer Infrastrukturprojekte, die von chinesischen Firmen in PNG durchgeführt werden, durchwachsen.

Vor einigen Jahren wurden die *Shenzhen Energy Group* und *Sinohydro* von PNG Power - einem anderen staatseigenen Unternehmen in schlechtem finanziellen Zustand - für den Bau des massiven Wasserkraftprojekts Ramu 2 ausgewählt.

Das Projekt, das mindestens acht Mrd. Kina (3,1 Mrd. AUD) kosten wird, musste von der PNG-Regierung im Rahmen eines Darlehens aus China garantiert werden. Ein solches Darlehen würde mit ziemlicher Sicherheit die Rückzahlungskapazität von PNG Power sprengen und das Projekt wurde im letzten Jahr eingestellt, was zu Drohungen der ausgewählten Bieter führte, es zu kündigen.

Die australische Regierung hat sich stark gegen das Projekt eingesetzt und als Alternative eine Reihe kleinerer Energieprojekte vorgeschlagen, die von einer Gruppe von Ländern unter der Führung Australiens finanziert werden.

Aber das Ramu 2-Projekt ist nicht tot. Es hat eine starke Unterstützung innerhalb des PNG-Kabinetts - und der chinesische Botschafter setzt sich weiterhin stark dafür ein.

Ende letzten Jahres gewährte Australien der PNG-Regierung ein Darlehen in Höhe von rund einer Mrd. Kina (388 Mio. AUD), um im Wesentlichen die Haus-

haltungslücke zu finanzieren. Es wurde bereits vereinbart, die Rückzahlung zu verzögern. In jüngerer Zeit konnten ca. 50 Mio. Kina (19 Mio. AUD) aus dem Hilfsbudget in bar abgezogen werden, um der PNG-Regierung zu helfen.

Wenn China Druck auf PNG ausübt, Kredite in Milliardenhöhe in erheblichem Umfang zurückzahlen, wird die Haushaltslage noch schlechter sein als bisher.

Australien hat zu Recht mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderen Geberländern und -agenturen an einem Paket gearbeitet, das PNG im Wesentlichen „*Unterstützung bei der Strukturanpassung*“ bieten würde. Aber ein solches Paket hätte schwierige Bedingungen, die für PNG-Premierminister James Marape und seine Regierung vor einer Wahl in weniger als zwei Jahren unangenehm sein könnten.

Die australische Regierung dürfte die sich verschlechternden wirtschaftlichen und fiskalischen Aussichten in PNG mit wachsender Besorgnis beobachten. Sie muss auch genau beobachten, wann Peking beginnt, seine umfangreichen Kredite an die Regierung und staatseigene Unternehmen zu vergeben und die Art von Zugeständnissen verhindern, die China möglicherweise als Gegenleistung für weitere Verlängerungen oder die Kreditvergabe aus PNG zu extrahieren versucht. Das australische Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung angesichts der Reaktion auf Covid-19 sind atemberaubend und machen jede Entscheidung, PNG politisch weiter zu helfen, zumindest auf absehbare Zeit sehr schwierig.

(Artikel von Nazreat Elyas, Mitarbeitende im PPO-Referat bei Mission EineWelt. <https://www.aspistrategist.org.au/chinas-debt-trap-diplomacy-is-about-to-challenge-papua-new-guinea-and-australia/>, 08.09.20)

Erdbebenschäden

Bei dem schweren Erdbeben am 17. Juli vor der Nordküste der Insel Neuguinea starb eine Frau in Kendata (Sohe Distrikt) am Fuße des Mount Lamington.

Das Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala hatte sich in 79,8 Kilometer Tiefe nahe der Grenze der Morobe und Oro Provinzen ereignet und zahlreiche Erdstöße ausgelöst.

Nach Angaben von Nohoro Akai vom *Oro Disaster Office* hatten die Menschen Glück im Unglück, denn es blieb bei dem einen Todesopfer. Wie viele Gebäude Schaden nahmen, muss noch ermittelt werden. Mehrere Supermärkte und Einkaufszentren waren massiv betroffen, darunter auch das *Foodworld Waterfront* in Port Moresby. (*Radio NZ Intern.* 20.07.20, https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_earthquakes_in_2020)

Zertifizierung für Labor

Die für die weltweit gültige ISO-Norm-Zertifizierung zuständige US-amerikanische Firma *American Global Standards* (AGS) hat Mitte Juli dem neuguineischen Labor *Water Mate Watch* (WMW) die ISO-Norm 17025 verliehen und das Labor damit zertifiziert. Das Team rund um Geschäftsführer Tomson Tomoiye zeigte sich erfreut von der international gültigen Akkreditierung nach den ISO-Normen. Bisher habe Papua-Neuguinea oft wissenschaftliche Tests und Untersuchungen an Unternehmen im Ausland abgeben müssen. Mit der Erfüllung der Normkriterien könne das Labor nun alle Aufträge inländisch erfüllen.

Im Labor finden Untersuchungen im Bereich der Umweltwissenschaften, der Chemie und der Biologie statt. Schwerpunkt des Labors mit seinen zehn Angestellten sind Untersuchungen von (Trink-)Wasser auf Verunreinigungen.

Info: Die Norm ISO/IEC 17025 ist der weltweit gültige Standard für die Akkreditierung von Laboratorien und damit eine der meist angewandten Normen. Die Einhaltung der Norm ermöglicht es, Laborergebnisse technisch kompetent zu ermitteln und deren internationale Akzeptanz sicherzustellen. (Loop Business 16.07.20, PNG Today 20.07.20, <https://www.dakks.de/content/revidierte-norm-17025-aktualisierte-umstellungsanleitung-ver%C3%B6ffentlicht>)

Vertrag mit Bergbauunternehmen

Ende August hat die Regierung von Papua-Neuguinea einen Vertrag mit dem australischen Bergbauunternehmen *Fortescue* geschlossen. An der Unterzeichnung im Parlamentsgebäude in Port Moresby nahmen Premierminister James Marape sowie der Vorsitzende der *Fortescue Metals Group*, Andrew Forrest, teil.

In der Vereinbarung geht es um den zukünftigen Bau von Wasserkraftwerken zur Energiegewinnung. Weitere Details, wie etwa potentielle Orte für neue Wasserkraftwerke, wurden nicht bekanntgegeben.

Marape erklärte, zunächst sei eine Machbarkeitsstudie an entsprechenden Orten geplant. Er betonte, der Vertrag sei ein guter Schritt hin zur Nutzung nachhaltiger Energien. Papua-Neuguinea mit seinen wertvollen Rohstoffen habe die Möglichkeit, einen nachhaltigen Weg einzuschlagen, um die Umwelt zu schützen. Gleichzeitig könnten nachhaltige Energiequellen auch Arbeitsplätze schaffen, jungen Menschen eine Perspektive eröffnen sowie natürlich auch Gewinne für den Staat einfahren.

Info: Die *Fortescue Metals Group* (FMG) ist ein australisches Bergbauunternehmen mit Firmensitz in Perth (Western Australia), das vorwiegend Eisenerz abbaut. Das 2003 gegründete Unternehmen ist im Aktienindex S&P/ASX 50 gelistet.

In diesem Jahr wurde das Unternehmen von der Nichtregierungsorganisation Parity.org als eines von weltweit nur 34 Unternehmen ausgezeichnet, in denen die Entwicklung von weiblichen Führungskräften stark gefördert wird. Als einziges Unternehmen in Ozeanien schaffte es FMG auf die Liste der 34 „2020 Best Companies for Women to Advance.“ (PNG Business News 02.09.20, <https://www.fmgil.com.au/>)

Connect PNG Strategy

Anfang September fand in Port Moresby ein Treffen der politischen Riege mit Verantwortlichen aus der (Straßen-)Bauwirtschaft statt. Auf Einladung von Premierminister James Marape diskutierten die Teilnehmenden die sogenannte „Connect PNG“-Strategie. Bei diesem Infrastrukturprogramm mit dem vollen Namen „Connect PNG Development Infrastructure Program 2020-2040“ sollen in den nächsten 20 Jahren die vier Großregionen von Papua-Neuguinea infrastrukturell erschlossen und mit Highways miteinander verbunden werden. Über das zu erbauende moderne Straßennetz soll der Zugang zu entlegenen Regionen verbessert werden. Marape verspricht sich davon vor allem Vorteile bei der Versorgung der Bevölkerung mit Materialien und Medikamenten.

Gut ausgebaute Straßen seien ein wichtiger Entwicklungsfaktor für eine prosperierende Wirtschaft, sagte Marape im Beisein des australischen Botschafters für PNG, Jon Philp. Dieser war eingeladen worden, um über die finanzielle Unterstützung Australiens bei diesem Mega-Projekt zu berichten. Australien ist ein wichtiger Partner bei der Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen, gemeinsam mit der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der *Japan International Cooperation Agency*.

(PNG Business News 06.09.20, <https://www.dfat.gov.au/geo/papua-new-guinea/development-assistance/Pages/papua-new-guinea>)

Raupenplage in der Western Province

Das massenhafte Auftreten von Schmetterlingsraupen der Gattung *Spodoptera frugiperda* in der Western Province gefährdet seit Ende August die Ernte von Mais, Süßkartoffeln, Zuckerrohr und Reis. Die gefräßigen Raupen wurden auch vereinzelt in den Provinzen Morobe und Jiwaka sowie in der Stadt Madang entdeckt.

Fereti Atu, der für die Mitgliedsstaaten der *Pacific Community* zuständige Beauftragte für Infektionsschutz, erklärte, man habe bereits Fallen aus Costa Rica bestellt, die an Landwirte in den betroffenen Regionen verteilt werden sollen. Die Ausbreitung der Schmetterlingsraupen würde dadurch begünstigt, dass die ausgewachsenen Schmetterlinge in sehr hohen Lagen fliegen würden und über die Passatwinde oder Zyklone über die ganze Welt verteilt werden könnten. Es gelte vor allem, die für die inländische Nahrungsmittelproduktion wichtigen Mais- und Korn-Anbaugebiete in der Provinz Morobe und rund um Madang vor dem Befall zu schützen.

Info: *Spodoptera frugiperda* ist eine Schmetterlingsart aus der Familie der Eulenfalter (Noctuidae). Die Raupe wird im Englischen als *fall armyworm* („Herbst-Heerwurm“) bezeichnet. Die fallweise auftretende Massenvermehrung der Falterart verursacht große Schäden auf Weiden und an Kulturpflanzen aus der Familie der Gräser, insbesondere an Mais. Die Art ist im tropischen und subtropischen Amerika heimisch. 2016 wurde die Schmetterlingslarve erstmals in Nigeria entdeckt, 2018 in Indien und 2019 in China. Von dort aus hat die Larve vermutlich PNG erreicht.

EPPO, die Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum, hat *Spodoptera frugiperda* zu einem Quarantäneschädling der Gruppe A1 hochgestuft, was die höchstmögliche

Gefahrenstufe darstellt. (Pressemitteilung Pacific Community 02.09.20, <https://www.spektrum.de/news/der-heerwurm-frisst-die-felder-kahl/1436358>)

BOUGAINVILLE

Feiertag zum Jahrestag

Anlässlich des 19. Jahrestages des Friedensabkommens 2001 hat die autonome Regierung von Bougainville den 31. August kurzerhand zum nationalen Feiertag erklärt. Am Abend fand im Bel Isi Park in Buka eine offizielle Feier unter Beteiligung von Politikern und der Bevölkerung statt.

Info: Am 31. August 2001 waren die mehr als zehn Jahre dauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Regierungsarmee und einer lokalen Rebellenarmee mit etwa 20.000 Toten mit dem Abschluss des *Peace Agreement* zu einem Ende gekommen. Das in der Stadt Arawa unterzeichnete Abkommen enthielt zwei zentrale Elemente einer politischen Neuordnung: Weitreichende Autonomie für Bougainville im Staatsverband von Papua-Neuguinea, sowie ein Referendum über den künftigen politischen Status innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre. Außerdem sah das Friedensabkommen die Entwaffnung der Mitglieder der *Bougainville Revolutionary Army* vor, die tatsächlich in den Folgejahren freiwillig ihre teils selbst gebauten Gewehre bei örtlichen Sammelstellen wie Polizeidienststellen abgaben. (Max Watts 04.09.2001, Radio NZ Intern. 31.08.20)

Alkoholverbot bis nach den Wahlen

Die autonome Provinzregierung von Bougainville hat zum 1. Juli ein Alkoholverbot bis nach den Wahlen Mitte September ausgesprochen. Das Verbot bezieht sich auf den Import sowie den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit.

Francis Tokura, der Polizeikommandant der autonomen Provinz, warnte davor, Alkohol ins Land zu schmuggeln. Schmuggler würden verhaftet und arretiert. Man habe bereits die *Agmark Shipping Gesellschaft* für den Import von Bier mit Geldstrafen belegt, erklärte Tokura.

Eine der Kandidatinnen für das Abgeordnetenhaus, die 65-jährige Friedens- und Frauenrechts-Aktivistin Helen Hakena, äußerte sich kritisch zum Alkoholverbot. Dieses fördere das private Brauen von Alkohol im häuslichen Umfeld und der dort hergestellte Alkohol sei oft wesentlich stärker und verunreinigter als industriell hergestellter und hygienisch abgefüllter Alkohol. Seit Beginn des Alkoholverbots beobachte sie eine Zunahme häuslicher Gewalt, das Herumstreunen betrunkenen junger Männer in den Dörfern sowie betrunkene Autofahrer, die mit Höchstgeschwindigkeiten durch die Gegend jagten. Von diesen Betrunkenen ginge eine viel größere Gefahr für das Allgemeinwohl aus als in ‚normalen‘ Zeiten, beklagte Hakena. (Radio NZ Intern. 09.07.20)

SALOMONEN

Vierte USP-Zweigstelle geplant

Nach Angaben des Vize-Kanzlers der *University of the South Pacific* (USP), Professor Pal Ahluwalia, plant die USP die Eröffnung einer vierten Zweigstelle auf den Salomonen. Dem neuen Campus hatte der Rat der Universität bereits bei seiner letzten Sitzung im vergangenen Jahr zugestimmt. Professor Ahluwalia erneuerte den Beschluss anlässlich der Feier zum 42. Jahrestag der Unabhängigkeit der Salomonen auf dem Laucala Campus der USP in Suva (Fidschi).

Bisher gibt es drei Uni-Standorte auf den Salomonen: Einen in der Hauptstadt Honiara sowie einen

in Gizo in der Western Province und einen in Lata in der Temotu Province.

Info: Die USP wird von zwölf pazifischen Inselstaaten gemeinsam betrieben. Sie bildet sowohl in Undergraduate- als auch in Postgraduate-Studiengängen aus. Zu den Themenfeldern gehören unter anderem Journalismus, Tourismus, Landwirtschaft, Umweltschutz, Informatik, Wirtschaft und Finanzwesen sowie Sozialwissenschaft.

Die USP unterhält in folgenden Pazifikstaaten einen regionalen Uni-Campus: Samoa, Vanuatu, Fidschi (auch Verwaltungssitz der USP), Cook-Inseln, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Niue, Tokelau, Tonga und Tuvalu. Der Leitspruch der Uni heißt: *Shaping Pacific Futures*. (Radio NZ Intern. 14.07.20, <https://www.usp.ac.fj>)

Unterstützung durch ADB

Die Asiatische Entwicklungsbank ADB hat den Salomonen 20 Millionen US-Dollar Soforthilfe zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung gestellt: 10 Millionen in Form eines konzessionären Kredits sowie 10 Millionen in Form eines Darlehens.

Mit dem Geld sollen Krankenschwestern und Ärzte im Umgang mit Corona-Infizierten geschult werden. Außerdem sollen ausreichend Hygieneartikel wie Masken und Schutzanzüge angeschafft werden.

Der Finanzminister der Salomonen, Harry Kuma, sowie ADB-Präsident Masatsugu Asakawa hatten sich zudem Mitte Juli persönlich getroffen, um gemeinsam eine Strategie zu überlegen, wie die Salomonen möglichst gut durch die Gesundheitskrise kommen. Die ADB werde auch zukünftig die Salomonen finanziell unterstützen, erklärte der ADB-Präsident. Es gelte nun, die zu erwartenden Ausfälle in der Wirtschaft durch die Corona-Pandemie zu dämpfen und die

Salomonen auf einem stabilen wirtschaftlichen Kurs zu halten. (*Xinhua Net 10.07.20, <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/27795/sol-2019.pdf>*)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Oliver Hasenkamp, Berlin.]

Weiterer Führungsstreit bei Oppositionspartei SODELPA

Nachdem die größte fidschianische Oppositionspartei *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) am 25. Mai 2020 aufgrund des Vorwurfs des Bruchs der fidschianischen Verfassung und des Parteiengesetzes für 60 Tage suspendiert worden ist (siehe ausführliche Berichterstattung in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell*), ist die Suspendierung der Partei und somit auch ihrer Abgeordneten im Parlament nach 35 Tagen vorzeitig aufgehoben worden. Gleichzeitig setzt sich der Führungsstreit in der Partei weiter fort. Zwar wurden bei einer umstrittenen Parteiversammlung Ende Juli mehrere wichtige Parteiämter neu gewählt, die Position des Parteivorsitzenden bleibt jedoch vakant. Diese war zuletzt vom früheren Premierminister und Putschführer von 1987, Sitiveni Rabuka, ausgeführt worden.

Neuer Präsident der Partei ist Ratu Epenisa Cakobau, zu Stellvertretern wurden die frühere, bis November 2018 amtierende Parteivorsitzende und Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa sowie Ratu Naiqama und George Shiu Raj gewählt. Bereits im Juni war die frühere Leiterin der *Pacific Islands Association of Non-Government Organisations* (PIANGO) zur neuen Generalsekretärin der Partei ernannt worden (siehe letzte Ausgabe). Außerdem einigte sich die Partei bei ihrer Versammlung im Juli darauf, das wichtigste Amt des Parteivorsitzenden und des Stellvertreters wie von der Parteienbehörde ge-

fordert auszuschreiben und neu zu besetzen. Bis dahin hatte Rabuka weiter die Führung der Partei für sich beansprucht. Auch jetzt gab er bekannt, sich erneut um das Amt bewerben zu wollen. Die neue Parteipräsidentin Ro Teimumu Kepa hingegen gab bekannt, sie habe kein Interesse, den Parteivorsitz erneut zu übernehmen.

Notwendig geworden waren die parteiinternen Neuwahlen, nachdem zwei rivalisierende Lager der Partei der fidschianischen Parteienbehörde unterschiedliche Listen zu neuen Parteifunktionären übermittelt hatten und die Behörde daraufhin alle Parteiämter vakant erklärt hatte.

Auch die Parteiversammlung im Juli verlief jedoch Berichten zur Folge chaotisch und hat erneut die Risse in der Partei offenbart: So erkennen einige SODELPA-Mitglieder, darunter auch Parlamentsabgeordnete, die Neuwahlen nicht an. Sie kritisieren chaotische Zustände bei der Parteiversammlung und vor allem Intransparenz darüber, wer an der Parteiversammlung teilnehmen durfte und wer mit Verweis auf die Corona-Bestimmungen nicht zum Veranstaltungsort gelassen wurde. Insgesamt wurden mehr als 200 Parteimitglieder, die an der Versammlung teilnehmen wollten und teils von weither angereist waren, vor Ort nicht in die Veranstaltungshalle eingelassen. Unter den Ausgeschlossenen befanden sich auch SODELPA-Parlamentsangehörige, etwa der Abgeordnete Niko Nawaikula. In einem Interview sagte er, es gebe weiterhin viele Gräben und Feindseligkeit in der Partei, die überwunden werden müssten.

Dem bisherigen Parteichef Rabuka werden gute Chancen eingeräumt, erneut Parteivorsitzender zu werden. Im August gab der wichtigste SODELPA-Lokalverband *Nasinu* die Unterstützung Rabukas und der Abgeordneten Lynda Tabuya als seiner Stellvertreterin bekannt. Insgesamt bewerben sich mit Viliame Gavoka, Ratu Jone Navaka-

mocea, Pio Tabaiwalu and Aseri Radrodro jedoch vier weitere Personen um den SODELPA-Vorsitz und noch deutlich mehr um das Amt des Stellvertreters, darunter auch der oben genannte, von der Parteiversammlung im Juli ausgeschlossene, Abgeordnete Niko Nawaikula. (*Fiji Times 27.06.20, Radio New Zealand International 09.07.20, 15.07.20, 28.07.20, 17.08.20, Wikipedia*)

Lockerungen trotz weiterer Covid-19-Fälle bei Rückkehrflügen

Die Gesamtzahl der Covid-19-Infektionen in Fidschi hat sich seit der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell* im Juni von damals 18 auf mittlerweile 32 erhöht. Ende Juli und Ende August gab es auch die ersten beiden Todesfälle in Fidschi. Nachdem die Zahlen nach einigen Infektionen im März und April lange stabil lagen, kommt es seit Anfang Juli immer wieder zu vereinzelt Neuinfektionen. Nach Auskunft der fidschianischen Regierung handelt es sich dabei jedoch um keine in Fidschi erfolgten Ansteckungen, sondern um Ansteckungen fidschianischer Bürger*innen, die mit Rückkehrflügen aus dem mittlerweile stark von der Pandemie betroffenen Indien oder anderen Staaten wie den USA zurückgeholt werden. Alle Rückkehrer*innen müssen in eine 14-tägige Quarantäne, so dass aus Sicht der Regierung keine Ansteckungsgefahr für die breite Bevölkerung besteht, es also keine *community transmission* gibt, wie es in Fidschi heißt.

Dennoch bleiben weiterhin auch für die breite Bevölkerung Vorsichtsmaßnahmen bestehen, die jedoch zunehmend gelockert werden. So ist der Schulunterricht weitgehend wiederaufgenommen worden und es wurden Ende August auch die Auflagen für Zusammenkünfte, Feiern und Veranstaltungen angepasst. Waren bisher private Feiern und öffentliche Veranstaltungen nur für max. 100 Personen erlaubt, sieht die neue Regelung vor, dass alle

Örtlichkeiten jeweils 50 % ihrer üblichen Kapazität nutzen dürfen. Die Regierung bittet die Bevölkerung jedoch weiter darum, den Abstand von 1,50 Meter zu wahren, Masken zu tragen und die Fidschi-eigene Corona-Warn-App auf Handys zu installieren.

Die letzte registrierte Infektion erfolgte am 9. September (Stand: 18. September) und sorgte auch für Aufregung in Neuseeland. Ein gemeinsamer Rücktransport von Bürger*innen beider Länder aus Indien steuerte zunächst Fidschi an, bevor er seine Reise nach Christchurch in Neuseeland fortsetzte. Neuseeland gab bekannt, dass auch fünf neuseeländische Bürgerinnen und Bürger desselben Flugs positiv auf das Corona-Virus getestet wurden. Ebenso wie die infizierte Fidschianerin hätten sie in Indien nach einer mehrtägigen Quarantäne in einem Hotel noch negative Tests vorgelegt.

(Radio New Zealand International 09.09.20, 26.08.20, Johns Hopkins University, Wikipedia)

Corona-Pandemie: Häusliche Gewalt steigt um mehr als 50 % – Selbstmordrate sinkt

Wie an vielen anderen Orten der Welt auch scheint häusliche Gewalt während des Lockdowns in der Corona-Pandemie in Fidschi massiv zugenommen zu haben. Bis September sind vom zuständigen Ministerium mehr als 1.500 bestätigte Fälle von Gewalt gegen Frauen registriert worden – ein Anstieg um mehr als 50 % zum letzten Jahr. Dabei dürfte die Dunkelziffer noch viel höher liegen. Dies gab die zuständige Ministerin für Frauen, Mereseini Vuniwaqa, bekannt. Sie verwies außerdem auf die ebenfalls enorm angestiegenen Zahlen der Anrufe bei der staatlichen Hilfe-Hotline für Opfer häuslicher Gewalt. Habe die Hotline im Februar noch 87 Anrufe verzeichnet, seien es im März bereits 187 und im April sogar 527 gewesen. Auch das Ausmaß der von den Frauen

beklagten Gewaltanwendungen scheint der Ministerin zufolge weiter zugenommen zu haben. Etwa die Hälfte der Frauen, die sich an die Hotline gewendet haben, habe angegeben, einen Zusammenhang zwischen Covid-19 und den erlebten Gewaltausbrüchen zu erkennen. Die Regierung arbeitet laut der Ministerin daran, auch während der Corona-Pandemie einen einfachen und sicheren Zugang für Frauen zu Frauenhäusern, in denen sie Unterstützung erhalten können, aufrecht zu erhalten. Dazu veranstaltete das Ministerium einen Workshop zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Vuniwaqa wies jedoch auch darauf hin, dass häusliche Gewalt gegen Frauen auch schon vor der Pandemie ein großes und viel zu selten diskutiertes Problem gewesen sei und nahezu zwei Drittel aller Frauen in Fidschi schon Opfer häuslicher Gewalt geworden seien.

Die Zahl der Suizide hat in Fidschi in diesem Jahr hingegen abgenommen – ein Trend, der konträr zu den globalen Zahlen verläuft, nach denen die Zahl der Suizide während der Pandemie zugenommen hat. Bis September habe es in Fidschi 72 Suizide gegeben, im Vergleichszeitraum des Vorjahres seien es 89 gewesen. Auch die Zahl der Selbstmordversuche sei rückläufig. Dies teilte Gesundheitsminister Ifereimi Waqainabete mit. Er vermutete, dass Suizide aufgrund der Pandemie vor allem in industrialisierten Ländern zunähmen und dieser Trend in Fidschi auch deshalb nicht erkennbar ist, weil familiäre Zusammenkünfte und auch kleinere Sportveranstaltungen schon seit Monaten wieder möglich seien, da es keine Übertragungen des Corona-Virus außerhalb der eingerichteten Quarantänezentren mehr gegeben habe. *(Radio New Zealand International 16.09.20, 09.09.20, 27.08.20)*

Anschuldigungen gegen USP-Vize-Kanzler Pal Ahluwalia fallengelassen

Nach den Protesten wegen der Suspendierung des Vize-Kanzlers der *University of the South Pacific* (USP) Pal Ahluwalia (siehe ausführliche Berichterstattung in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell*) beruhigt sich die Lage an der wichtigsten Universität der pazifischen Inselstaaten wieder. Eine Gremiensitzung der Universität am 4. September sprach den bereits zuvor nach seiner Suspendierung wieder eingesetzten Professor von allen Anschuldigungen frei.

Der ursprünglich aus Kenia stammende Pal Ahluwalia galt als Reformier innerhalb der Universität und hatte einen Bericht freigegeben, der sowohl Misswirtschaft, als auch mangelnde wissenschaftliche Ansprüche etwa bei der Vergabe von Dokortiteln offengelegt hatte. Daraufhin war ein Machtkampf um die Zukunft der Universität ausgebrochen und der Vize-Kanzler war vor allem auf Betreibung des Kanzlers Winston Thompson von seinem Posten suspendiert worden. Ihm wurde vorgeworfen, nicht im Interesse der Universität gehandelt zu haben. Erst nach massiven Protesten aus der Studierendenschaft, von Mitarbeiter*innen der Universität und auch von Regierungschefs anderer pazifischer Staaten, welche die Universität gemeinsam mit Fidschi betreiben, war die Leitung der Universität zurückgerudert und hatte Ahluwalia wieder in sein Amt eingesetzt. Entsprechend begrüßte unter anderem der Vorsitzende der Mitarbeitervertretung der Universität die Entscheidung, die Anschuldigungen gegen Ahluwalia fallenzulassen. Er hoffe, damit ende nun die seit seiner Übernahme des Vize-Kanzler-Postens anhaltende 18-monatige „Hexenjagd“ gegen Ahluwalia. *(Radio New Zealand International 08.09.20)*

Ermittlungen wegen Militär- und Gefängnisgewalt

Erneut gibt es aktuelle Fälle von Gewaltanwendung durch Soldaten sowie Gefängnispersonal in Fidschi: Vier Angestellte des *Natabua Corrections Centre* in Lautoka müssen sich nach dem Tod eines Gefängnisinsassen im April ab dem 24. November 2020 wegen Mordes vor Gericht verantworten. Außerdem wird ihnen auch die Körperverletzung zweier weiterer Häftlinge vorgeworfen. Trotz der schwerwiegenden Anklagepunkte sind die vier Beschuldigten vorerst gegen Kautiön auf freiem Fuß.

Außerdem wird gegen vier Soldaten ermittelt, die im Juli in einer abgelegenen Gegend nahe der Stadt Labasa einen Mann schwer verletzt haben sollen. Sie hätten den Mann wegen eines als vermisst gemeldeten Jagdgewehrs verhört und ihn unter anderem mit einem Holzbrett geschlagen und ins Gesicht getreten. Laut Polizei müssen die Soldaten mit einer Anklage rechnen. Der oberste Kommandant des fidschianischen Militärs, Viliame Naupote, sicherte der Polizei die Kooperation der fidschianischen Streitkräfte zu und sagte, man werde sich nicht in die Ermittlungen einmischen. Kurz nach dem Vorfall hatte er jedoch noch mitgeteilt, dass er keinen Anlass für eine Untersuchung des Vorfalls sehe.

In Fidschi kommt es immer wieder zu Berichten über teils brutale Gewaltanwendung durch Soldaten, aber auch durch Polizist*innen sowie weitere Vollstreckungsbeamte (siehe frühere Ausgaben der *Pazifik aktuell*). (Radio New Zealand International 15.09.20, 16.09.20)

VANUATU

Sieben Feiertage zur Unabhängigkeit

Obed Moses Tallis, Präsident von Vanuatu, hatte Mitte Juli kurzfristig den Zeitraum vom 23. Juli bis zum 31. Juli zu nationalen Feiertagen erklärt. Anlass für die außerplanmäßigen Ferien war der 40. Jahrestag der Unabhängigkeit Vanuatus am 30. Juli 2020. Die groß angelegte Feier stand unter dem Motto „*Prosperity for Self-Reliance and a Resilient Future*“.

Info: Ab 1887 standen die 83 Inseln bzw. Inselgruppen offiziell unter britisch-französischer Herrschaft. Franzosen und Briten einigten sich im Jahr 1906 auf die Gründung des *Kondominiums Neue Hebriden*.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Inseln Éfaté und Espíritu Santo von den Alliierten als Militärbasen genutzt. In den 1960er Jahren drängte die Bevölkerung zu mehr Selbstbestimmung und später nach Unabhängigkeit. Vor der Unabhängigkeit wurde das aktive und passive Frauenwahlrecht im November 1975 garantiert.

Volle Souveränität erlangte der Inselstaat am 30. Juli 1980 durch die Zustimmung der beiden europäischen Schutzmächte. Bei der Erlangung der Unabhängigkeit wurde das Frauenwahlrecht bestätigt. 1981 trat Vanuatu den Vereinten Nationen bei. Heute leben in der *Ripablik Blong Vanuatu* rund 267.000 Einwohner*innen. (Pressemitteilung Vanuatu Government 13.07.20, Wikipedia)

Zertifizierung von Kava

Das Kava-produzierende Familienunternehmen *South Seas Commodities* (SSC) hat einen Vertrag mit dem *Pacific Horticultural and Agricultural Market Access Plus Programm* (PHAMA) geschlossen, um das Qualitätsmanagement für die Produktion und den Vertrieb der Kava zu professionalisieren.

Mit Hilfe von PHAMA soll die Kava nun nach den Vorgaben der Behörde in Bezug auf Produktqualität und Nahrungsmittelsicherheit überprüft werden und das HACCP-Siegel erhalten.

Unter der Abkürzung HACCP verbirgt sich die englischsprachige Bezeichnung „Hazard Analysis Critical Control Points“. Die deutsche Definition von HACCP lautet demzufolge „Risiko-Analyse Kritischer Kontroll-Punkte“. Demnach bedeutet HACCP die Gefahrenanalyse und Überprüfung sämtlicher kritischer Punkte auf jeder beliebigen Etappe beim Zubereiten, Verarbeiten, Produzieren, Verpacken, Lagern, Transportieren, Zuordnen, Behandeln und Vertreiben von Nahrungsmitteln.

SSC-Direktor Michael Louze erklärte, mit der Zertifizierung stünden dem Betrieb weitere Exportmärkte zur Verfügung. Bis dato vertreibt die Firma SSC ihre Kava nur nach Neukaledonien und in die USA. Mit dem HACCP-Siegel könnte die Kava auch nach Australien, Asien und sogar bis nach Europa exportiert werden.

Info: Firmensitze von SSC sind in Luganville und Port Vila, doch kommt die Kava von rund 200 Kava-produzierenden Betrieben auf der Insel Pentecost.

SSC hat gemeinsam mit PHAMA bereits im Jahr 2012 die *Vanuatu Kava Industry Association* gegründet. Darin haben sich familienbasierte Kava-Produzenten von den Inseln Pentecost, East Ambrym und Santo zusammengeschlossen, um gemeinsame Standards bei der Produktion und Verarbeitung von Kava zu setzen und mit einer Stimme auf dem Weltmarkt agieren zu können. (Pacnews 20.07.20, https://phama.com.au/wp-content/uploads/2016/05/Kava_FS_Overview9.pdf)

Lokale Produktion von Weizenkekse

Die Firma "Wan Smol Bag" hat mit dem vanuatischen Gesundheitsministerium einen Vertrag unterzeichnet, der der Firma ermöglicht, energiereiche Weizenkekse zur Versorgung der hungernden Bevölkerung vor Ort in Vanuatu produzieren zu können. Damit ist die Versorgung der notleidenden Bevölkerung nicht mehr vom Import dieser Nahrungsergänzungsmittel abhängig, zumal in Folge der Corona-Pandemie ab April 2020 die Lieferketten dieser Kekse zusammengebrochen waren.

Die Situation der Menschen hatte sich durch die Auswirkungen von Zyklon *Harold* im April des Jahres in drei von sechs Provinzen Vanuatus so verschlechtert, dass die Menschen auf Nahrungsmittellieferungen angewiesen waren. *Harold* hatte Gärten zerstört und damit die Ernte von Feldfrüchten zur Versorgung unmöglich gemacht. Infolge der Zerstörungen war es zu einer Hungersnot gekommen, der vor allem Kinder und ältere Menschen zum Opfer fielen.

Die Einfuhr von „*Ready to use therapeutic food*“ (RUTF), wie etwa energiereichen Drinks oder Pulver, war infolge geschlossener Grenzen wegen des weltweiten Lockdowns nicht mehr möglich. Da es in Vanuatu bisher keine Produzenten von energiereichen Nahrungsmitteln gab, hatte das Gesundheitsministerium eine lokale Ausschreibung gestartet. Die Firma „Wan Smol Bag“ konnte anbieten, Weizenkekse (*High Energy Biscuits*) nach einem Rezept der WHO in eigenen Öfen zu backen und Vakuum zu verpacken. Die Firma begann mit einer ersten Produktion von 20.000 Keksen, die im Juli an die besonders vom Tropensturm *Harold* betroffenen Provinzen verteilt wurden.

Auch zukünftig will die Firma die Kekse vor Ort backen, um das Land unabhängig vom Import

dieser Nahrungsergänzungsmittel zu machen.

Info: So genannte *High Energy Biscuits* sind Weizenkekse, die proteinreiches Getreide und pflanzliches Fett enthalten. Aufgrund ihres hohen Energie-Gewichts-Verhältnisses werden sie vom Welternährungsprogramm, der Nahrungsmittelhilfe der Vereinten Nationen, zur Versorgung von Katastrophenopfern weltweit beschafft. (*Loop Vanuatu 19.07.20, Wikipedia*)

Anbau von Noni-Setzlingen

Das Landwirtschaftsministerium (*Department of Agriculture and Rural Development*) ist eine Public-Private-Partnership mit dem Noni-Produzenten *Malo Noni Company* (MNC) eingegangen. Die für sechs Monate geschlossene Vereinbarung sieht vor, dass MNC rund 5.000 Noni-Setzlinge pflanzt, um Noni-Bäume von höchster Güteklasse zu erzeugen.

Im Rahmen der „*Fruit and Vegetables Strategy*“ der Regierung soll der Anbau von Noni als *cash crop* zukünftig auf den Inseln intensiviert werden.

Der Anbau von Noni auf der 180 Quadratkilometer großen Insel Malo im Korallenmeer sei für die Landwirte auf der Insel eine gute Gelegenheit, ihre bisherigen Ernteerzeugnisse Kakao und Kopra (getrocknete Kokosnuss) um ein weiteres Produkt zu erweitern.

Bisher haben sich 25 Bauern auf Malo für den Anbau von Noni registriert. Längerfristiges Ziel ist der Bau einer Fabrikanlage auf Malo, in der die Frucht des Nonibaumes direkt zum Saft verarbeitet werden kann.

Info: Die Noni ist die Frucht des Nonibaumes. Dieser ist eine Pflanzenart aus der Gattung *Morinda* innerhalb der Familie der Rötengewächse. Noni wird auf dem Markt hauptsächlich als gezuckertes Fruchtsaftgetränk (Nonisaft) angeboten und vielfach per

Netzwerk-Marketing vertrieben. Als Argument für den Konsum von Nonisaft werden auf pseudo-wissenschaftliche Behauptungen gestützte gesundheitsfördernde Eigenschaften angegeben. Dem Saft werden von seinen Befürwortern viele gesundheitsfördernde und heilende Wirkungen nachgesagt. Für die Anwendung zur Behandlung von Krankheiten mit Noniprodukten ist eine Zulassung als Arzneimittel gesetzlich vorgeschrieben, die innerhalb der Europäischen Union für keine einzige der angeblichen Wirkungen existiert.

Trotz des Geruchs von faulem Käse im reifen Zustand werden die Früchte roh gegessen oder auch verschiedenartig zubereitet. Auf Samoa beispielsweise dienen Zubereitungen aus den Noni-Blättern als Tonikum und Antiseptikum. Mitunter werden die Blätter direkt auf die Wunden gelegt. Dem Blattsaft werden schmerzlindernde Eigenschaften bei Gicht nachgesagt. (*Loop Vanuatu 03.07.20, https://www.pharmazeutische-zeitung.de/index.php?id=pharm5_40_2001, Wikipedia*)

KANAKY-NEUKALEDONIEN

Das Referendum vom 4. Oktober in zehn Punkten

Am 4. Oktober 2020 wird das zweite Unabhängigkeitsreferendum die institutionelle Zukunft des französischen Überseegebietes Neukaledonien (*Kanaky*) neu abstecken. Die folgenden zehn Punkte sollen das Referendum erklären.

1. Wie lautet die Frage?

Sie hat sich seit dem letzten Referendum im Jahr 2018 nicht verändert. Am Sonntag, dem 4. Oktober 2020, werden die Wähler*innen, die zur Teilnahme am Referendum über die Unabhängigkeit berechtigt sind, gebeten, diese Frage mit Ja oder Nein zu beantworten: „*Wollen Sie, dass Neukaledonien die volle Souveränität erhält und unabhängig wird?*“

Die Bürger*innen haben die Wahl zwischen zwei Wahlbögen, einen für das „Ja“, den anderen für das „Nein“. Der Vorschlag für einen einzigen Wahlbogen, bei dem eines von zwei Kästchen angekreuzt werden sollte, wurde nicht übernommen.

2. Warum dieses Datum?

Der Weg zur politischen Unabhängigkeit bzw. Autonomie begann vor 32 Jahren mit dem *Abkommen von Matignon-Oudinet* 1988, welches den damaligen Bürgerkrieg beendete. Ein Weg, der mit dem am 5. Mai 1998 zwischen dem französischen Staat, der Unabhängigkeitsbewegung FLNKS (*Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste*) und der rechtsgerichteten RPCR (*Rassemblement pour la Calédonie dans la République*) unterzeichneten *Abkommen von Nouméa* fortgesetzt wurde. Das *Abkommen von Nouméa* sah zwischen 2014 und 2018 eine erste Abstimmung über die Übertragung politischer Kompetenzen an Neukaledonien, die Einführung einer Legislative und die Organisation einer neukaledonischen Staatsbürgerschaft vor. Das Referendum fand schließlich am 4. November 2018 statt. Ergebnis: Das Nein zur Unabhängigkeit gewann mit ca. 18.000 Stimmen Vorsprung. Das *Abkommen von Nouméa* sah im Falle der Ablehnung jedoch vor, dass ein Drittel der Mitglieder des Kongresses [von Neukaledonien] einen neuen Konsultationsprozess einleiten könne, der im zweiten Jahr nach der ersten Abstimmung stattfinden sollte. 2020 also. Das genaue Datum hingegen musste aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie, der daraus folgenden Verschiebung der Kommunalwahlen und der logistischen Probleme verschoben werden. Nach neuen Debatten wurde der Termin des Referendums letztendlich auf Sonntag, den 4. Oktober 2020 festgelegt.

3. Wer stimmt ab?

180.640 Bürgerinnen und Bürger. Am 25. August war dies die Anzahl der Personen, die auf der

„*besonderen Wahlliste für die Abstimmung*“ eingetragen waren. Das sind ungefähr zwei von drei Einwohner*innen Neukaledoniens. Mehr als 34.000 Wähler*innen sind bei dieser Wahl nicht wahlberechtigt – im Unterschied zu Kommunal-, Parlaments-, Präsidentschafts- und Europawahlen, bei denen 214.965 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt sind.

Um am Unabhängigkeitsreferendum teilnehmen zu dürfen, muss eine Reihe von Kriterien erfüllt sein. Einige Kriterien ermöglichen automatisch die Teilnahme, u.a. in Neukaledonien geboren und wahlberechtigt bei Provinzwahlen sein oder den üblichen Zivilstatus zu besitzen, was hauptsächlich die Kanak-Bevölkerung betrifft. Andere Bürgerinnen und Bürger mussten sich selbst auf die Liste einschreiben.

Die automatische Registrierung ist ein wichtiges politisches Thema. Sie ermöglicht dem einen oder anderen politischen Lager, potenzielle neue Wähler hinzuzugewinnen, ohne die Einschreibeformalitäten durchlaufen zu müssen. Beim Referendum vor zwei Jahren waren die angewandten Regeln nicht die gleichen: 2018 wurden alle in Neukaledonien Geborenen automatisch in die Referendumsliste aufgenommen.

Für das Referendum 2020 wurden die in Neukaledonien Geborenen nur automatisch registriert, die den üblichen Zivilstatus haben und/oder auf der Wahlliste der Provinzialwahlen stehen. Am Ende waren von 180.640 Wählern 96 % automatisch registriert. Insgesamt ist die Zahl der Neukaledonier*innen, die zum Referendum über die Unabhängigkeit zugelassen wurden, gestiegen, und es werden bis 4. Oktober noch mehr dazukommen, z.B. jene, die bis zum Stichtag noch 18 Jahre alt werden. Die spezielle Wahlkarte wird seit Mitte September verteilt, jedoch ist sie nicht verpflichtend zur Teilnahme. Erforderlich ist nur ein Lichtbildausweis.

4. Wo wird abgestimmt?

Eine größere Anzahl an Wählern*innen bedeutet mehr Wahllokale. Etwa 300, an 241 Standorten. Am Wahltag sind diese von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet, mit einer Ausnahme: Das kleine Wahllokal im Dorf Ouara auf der Insel Ouen beginnt und endet eine Stunde früher – um Zeit zu gewinnen, die Urne unabhängig vom Seegang in die Hauptstadt zurückzubringen.

Eine Besonderheit des Referendums ist, dass Wählerinnen und Wähler der kleinen Inselgemeinden (u.a. Lifou, Ouvéa, Maré), die auf der Hauptinsel „Grande Terre“ leben, in der Hauptstadt Nouméa wählen dürfen. Dies könnte mehr als 5.800 Wählerinnen und Wählern zugutekommen, verglichen mit knapp 3.300 im Jahr 2018 (vorbehaltlich der endgültigen Bestätigung durch die Stadtverwaltungen). Die Zahl der „verlegten Wahllokale“ wurde von sechs auf zehn erhöht.

5. Bevollmächtigte

Wähler*innen, die nicht persönlich abstimmen können – aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen oder aufgrund von Abwesenheit aus Neukaledonien –, können einen Bevollmächtigten ernennen. Die Regeln dabei sind strenger als bei anderen Wahlen, im Vergleich zu 2018 wurden sie jedoch vereinfacht.

6. Wer führt die Wahlkampagne durch?

Die offizielle Kampagne läuft von Montag, 21. September bis Freitag, 2. Oktober 2020. Sechs politischen Formationen wurde die Teilnahme erlaubt, nachdem sie dem Staat ein Dossier vorgelegt hatten:

- die Unabhängigkeitsliste UNI (*Union nationale pour l'indépendance*);
- die Mitte-Rechts-Partei *Calédonie ensemble*
- zwei Wahllisten für den Verbleib bei Frankreich: *Les Loyalistes*
- die *Parti travailliste* (Arbeiterpartei), die für die Unabhängigkeit eintritt

- die Unabhängigkeitsliste „UC-FLNKS (*Union Calédonienne-Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste*) et *Nationalistes*“

Vor zwei Jahren gab es fünf Wahllisten: Die Liste „Future in Confidence“ umfasste drei Parteien („Rallye“, „Républicains“ und MPC). Anschließend bildete sie gemeinsam mit „Tous Calédoniens“, der „Rassemblement national“ und der jungen Partei „Génération NC“ die Wahlliste „Les Loyalistes“. Bei den Unabhängigkeitsbefürwortern schloss sich die Arbeitspartei der Kampagne für das Referendum an und kämpft nun für das „Ja“. Beim Referendum 2018 hatte sie sich noch entschieden, an der Kampagne nicht teilzunehmen und keine Wahlempfehlung abzugeben. Umgekehrt gibt die Partei „L'Éveil Océanien“, welche für die Minderheit der Wallisianer und Futunianer in Neukaledonien eintritt, nun keine Empfehlung für oder gegen die Unabhängigkeit.

Für die Wahlkampagne greifen die sechs Gruppierungen auf folgende Werbemittel zurück: Werbung, die per Post verteilt wird; audio-visuelle Spots in Fernsehen und Social Media; Poster im öffentlichen Raum; Rückerstattung von Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag von ca. 109.000 €.

Tatsächlich begann die Kampagne lange vor den offiziellen Terminen, auch wenn die COVID-19-Gesundheitskrise sie verzögerte. Sie wurde heftiger als die vorherige geführt, in einer stark bipolarisierten politischen Landschaft, die von wenig Dialog geprägt war. Beeinflusst wurde die Kampagne auch durch die Nickelproblematik. Ein weiterer Unterschied zu 2018: Am Ende lebhafter Debatten und als Reaktion auf die Farben der Unabhängigkeit wurde die Verwendung von Blau, Weiß und Rot auf Plakaten und Rundschreiben erlaubt. Öffentliche Meinungsumfragen wurden nicht veröffentlicht. Vor zwei Jahren fielen die Ergebnisse an-

ders aus als Umfragen vorausgesagt hatten. Annahmen gehen davon aus, dass sich die Prognosen auf die Mobilisierung der Unabhängigkeitsgegner ausgewirkt haben können.

Bei der Kampagne 2020 stehen vor allem sog. „Nichtwählerinnen und -wähler“ im Mittelpunkt, d.h. Bürgerinnen und Bürger, die 2018 nicht abgestimmt haben. Ihre Anzahl belief sich vor zwei Jahren auf etwa 33.000 (mehr als 19.000 in der Südprovinz, etwa 8.300 auf den Loyauté-Inseln und 5.600 in der Nordprovinz).

7. Eine eng abgesteckte und stark kontrollierte Abstimmung

Wie schon vor zwei Jahren sind eine Reihe an Maßnahmen geplant, um die Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit der Abstimmung am 4. Oktober zu gewährleisten. Die „*Kontrollkommission für die Organisation und Durchführung der Abstimmung*“ setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen und wird von Staatsrat Francis Lamy geleitet. Um diese vor Ort zu unterstützen, reisten 248 Delegierte (Mitglieder des *Conseil d'État*, Richter, hohe Beamte) an, einige davon am 16. September aus dem französischen Mutterland. Sie werden auf die Wahlbüros verteilt, um die Abstimmung zu überwachen.

In Anbetracht des Rechts der Indigenen Völker auf Selbstbestimmung wird zudem eine UN-Delegation vom 1. September bis zum 9. Oktober in Neukaledonien sein. Zwölf Experten*innen unter der Leitung von Tadjouline Ali-Diabacté sollen die Abstimmung mit kontrollieren. Seit 1986 steht das französische Überseegebiet wieder auf der UN-Liste der „Non-Self-Governing Territories“, der zu „entkolonisierenden Gebiete“. Außerdem möchte das *Pacific Islands Forum* eine Delegation entsenden.

8. Am nächsten Tag im Falle eines „Ja“

Was wird in Neukaledonien geschehen, wenn die Ja-Seite am 4. Oktober gewinnt? Unabhängigkeitsbefürworter und -gegner haben – keine Überraschung – un-

terschiedliche Vorstellungen.

TRANSITION. Neukaledonien wird ein unabhängiger Staat. Eine Verfassung muss erarbeitet und verabschiedet werden. Frankreich könnte sich nicht abrupt zurückziehen, sondern während einer Übergangszeit weiterhin für Sicherheit, öffentliche Ordnung, Währung, Justiz garantieren. Die Behörden in Frankreich und Neukaledonien werden sich darauf einigen, einen Zeitplan und die Modalitäten für die Übertragung von politischen Kompetenzen von Frankreich an den neuen Staat festzulegen.

DIFFERENZEN. Der neue Staat kann souverän entscheiden, wie er die neuen politischen Kompetenzen ausübt. Jedoch sollen diese für ganz Neukaledonien gelten. Dies steht im Gegensatz zu den Aussagen des Senators Pierre Frogier (*Les Républicains*), der von „*provinzieller Differenzierung*“ sprach.

SEPARATION. Die Behörden des neuen Staates geben eine einseitige Unabhängigkeitserklärung auf internationaler Ebene ab. Diese wird das Ende der Mitgliedschaft Neukaledoniens im französischen Staatengebilde darstellen.

FINANZIERUNG. Die derzeitigen Mechanismen für die staatliche Finanzierung, die auf dem Abkommen von Nouméa basieren, werden keine rechtliche Grundlage mehr haben und daher überholt sein. Die finanziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Neukaledonien werden im Rahmen einer Entwicklungszusammenarbeit neu verhandelt.

NATIONALITÄT. Der neue Staat wird die Kriterien für den Zugang zur Nationalität und den dazugehörigen Pass festlegen. Die Nationalversammlung und der Senat müssen auch über ein Gesetz debattieren und abstimmen, das die Bedingungen festlegt, unter denen bestimmte Angehörige des neuen Staates ihre französische Nationalität behalten können.

9. Im Falle des „Nein“

STATUS QUO. Laut einem vom Staat verbreiteten Dokument bleibt Neukaledonien im Falle eines „Nein“ am 4. Oktober ein französisches Überseegebiet. Paris unterstützt das Gebiet weiterhin finanziell, die Situation der Institutionen und der Status der Bevölkerung bleiben unverändert. Die bereits übertragenen politischen Kompetenzen werden nicht zurückgenommen, da das Abkommen von Nouméa die Unumkehrbarkeit dieser Kompetenzen gewährleistet.

DRITTES REFERENDUM. Dieses ist im Abkommen von Nouméa vorgesehen. Wenn ein Drittel der Mitglieder des Kongresses [...] eine dritte Abstimmung beantragt, wird diese ab dem sechsten Monat nach dem zweiten Urnengang und innerhalb von 18 Monaten abgehalten.

10. Das Ergebnis des Referendums von 2018

43,3% Ja und 56,7% Nein.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Matthias Kowasch, Graz. Quelle: *Calédonie 1^{ière}*, 04.09.2020, Online:

<https://la1ere.francetvinfo.fr/nouvellecaldonie/nouvelle-caledonie-referendum-du-4-octobre-2020-dix-points-867206.html>)

New Century Resources zieht sein Angebot zurück, die Nickelfabrik im Süden könnte schließen

Das Gerücht hat sich bestätigt: Das australische Bergbauunternehmen *New Century Resources* (NCZ) zieht sich aus den am 26. Mai 2020 begonnenen Exklusivverhandlungen mit dem brasilianischen Konzern *Vale* über den Kauf der Anlage zurück. *Vale* und seine neukaledonische Tochtergesellschaft *Vale Nouvelle-Calédonie* (*Vale NC*) erwägen die Schließung der Nickelfabrik. *New Century Resources Limited* wird folglich kein festes Angebot zur Übernahme von 95 % der von *Vale* gehaltenen Aktien an der Nickel- und Kobaltmine sowie der dazugehörigen Fabrik unterbreiten.

NCZ teilte mit, dass das Unternehmen eine umfassende Due-Diligence-Prüfung durchgeführt habe und dass kommerzielle Verhandlungen mit *Vale*, dem französischen Staat und anderen Akteuren des Dossiers (u.a. der Beteiligungsgesellschaft *Société de participation minière du Sud calédonien*, welche die drei Provinzen Neukaledoniens vertritt) bezüglich der Finanzierung des Investitionsplans und des allgemeinen langfristigen Betriebskapitalbedarfs nicht zum Erfolg geführt haben. Risiko und Ertrag waren in den Augen von NCZ nicht ausgewogen. Hinzu kamen Demonstrationen der lokalen Bevölkerung gegen das Nickelprojekt, welche die Entscheidung von *New Century Resources* beeinflussen sollen.

Vale NC bestätigte den Rückzug von *New Century Resources* aus den Exklusivverhandlungen und erklärte, dass Schritte unternommen werden, um die Anlage der Fabrik „*on care and maintenance*“ zu setzen – eine englische Formulierung, die beschreibt, dass die Metallverarbeitungsfabrik stillgelegt wird, bis evtl. eines Tages der Betrieb wiederaufgenommen werden kann.

Dennoch möchte *Vale*, gemeinsam mit dem französischen Staat, der Südprominenz und dem Management von *Vale NC*, die Bemühungen fortsetzen, eine Lösung für eine nachhaltige Zukunft der VNC zu erreichen, so Eduardo Bartolomeo, CEO des brasilianischen Konzerns. Zwei Szenarien erscheinen möglich, die von Antonin Beurrier, dem CEO der Tochtergesellschaft *Vale NC*, erläutert wurden: A) Die Aktivitäten bis zum Ende des Jahres 2020 aufrechtzuerhalten, bevor Schritte zur Stilllegung eingeleitet werden. B) Die Suche nach einem neuen Käufer, für die sich *Vale* zwei Monate Zeit geben würde. Nach Angaben von Beurrier wäre der französische Staat bereit, das Projekt zu begleiten und finanziell zu unterstützen.

In der Zwischenzeit soll ein Teil der Beschäftigten der Fabrik einerseits die Senkung ihrer Löhne

und Gehälter in Kauf nehmen und andererseits eine finanzielle Beteiligung am Unternehmen akzeptieren. Dies würde laut Beurrier etwa 25 Mio. € einsparen. Dennoch wird die Zeit knapp und *Vale* scheint bereits das Handtuch zu werfen und aus dem Projekt auszusteigen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Matthias Kowasch, Graz. Quelle: *Calédonie 1^{ière}* 08.09.2020)

Kanake wird Direktor am Quai Branly

Als erster kanakischer Staatsbürger ist Emmanuel Kasarhérou zum Direktor eines Museums von Weltrang gewählt worden. Ende Mai ernannte ihn der französische Ministerrat zum Direktor des Pariser *Musée Quai Branly*, des nationalen französischen Museums für außereuropäische Kunst am Seineufer.

Kasarhérou wurde am 16. Juli 1960 in Nouméa als Sohn eines kanakischen Vaters (von Beruf Schneider) und einer Mutter aus Frankreich (Linguistin) geboren. Er machte sich früh als Linguist für eine seltene kanakische Sprache einen Namen und studierte Geschichte und Archäologie. Bereits im Alter von 25 Jahren übernahm er 1985 den Direktorenposten im *Musée de Nouvelle-Calédonie* in Nouméa. Anschließend plante er mit am Bau des *Centre Culturel Tjibaou*, einem Kulturzentrum für die kanakische Kultur und Tradition und ein Meisterwerk des italienischen Architekten Renzo Piano. Ab 1994 arbeitete er in diesem Kulturzentrum, von 2006 bis 2011 übernahm er die Leitung des *Centre Culturel Tjibaou*.

Bereits seit 2011 war Kasarhérou am Museum tätig und dort seit 2014 zuständig für die wissenschaftliche Leitung der Sammlungen.

2013 kuratierte er erstmalig im *Musée Quai Branly* die große Ausstellung „*Kanak: L'art est une parole*“ mit über 300 Objekten. Von 2016 bis 2019 war er Präsi-

dent der französischen Ethnologenvereinigung „*Société des Océanistes*“.

Das Museum an der Seine ist eines der besucherstärksten Museen in Frankreich. Im Jahr 2019 besuchten es 1.112.423 Menschen aus aller Welt. (*Le Monde* 28.05.20, 29.05.20, *France Info* 28.05.20, *Wikipedia*, <http://www.quaibrantly.fr/>)

Aufruf zur Solidarität

Sonia Backès, Präsidentin der Süd-Provinz, hat zur Unterstützung des Tourismus-Sektors in der Corona-Pandemie die Kampagne „*Tourisme solidaire: Restez chez nous*“ (Solidarischer Tourismus: Bleibt bei uns!) ins Leben gerufen. Da die Grenzen Neukaledoniens zum Schutz vor einer weiteren Ausbreitung des Corona-Virus bis auf weiteres geschlossen sind, hat Backès die Menschen in ihrer Provinz aufgefordert, die Heimat vor der Haustür zu entdecken. 18 Sehenswürdigkeiten in der Süd-Provinz beteiligen sich mit einer Preisreduktion um bis zu 60 % an der Aktion. Wenn möglich, sollten die Einheimischen die bei Tourist*innen beliebten Sehenswürdigkeiten und Attraktionen nutzen und so zumindest ein wenig die finanziellen Einbußen durch Ausbleiben des internationalen Tourismus ausgleichen. Immerhin verfüge Neukaledonien mit seiner Lagune über ein Weltnaturerbe der UNESCO und der Besuch lohne sich auch für die Einwohner*innen, hieß es aus dem Fremdenverkehrsamt in Nouméa.

Vermutlich noch bis Ende 2020 bleiben die Grenzen für ausländische Reisende geschlossen. Am 21.09. gab es 26 Corona-Fälle in Neukaledonien, jedoch keine Toten.

Info: Rund 500 gastronomische und touristische Einrichtungen bekamen zur Zeit des strengen Lockdowns zwischen dem 24. März und dem 18. April 2020 1,4 Millionen Euro an Staatshilfen.

Von 2013 bis 2019 konnte der Besuch ausländischer Touristen um 17,5 % gesteigert werden. Zuletzt besuchten jährlich 127.000 Personen Neukaledonien. (*Le Figaro* 07.05.20)

MIKRONESIEN

Stipendien für 22 Schüler*innen

Föderierte Staaten: 22 Schülerinnen und Schüler aus den Föderierten Staaten von Mikronesien erhalten für das nächste Schuljahr 2020/2021 ein Schulgeld-Stipendium durch den *Habele-Fonds*. Mit dem Stipendium können sie staatliche oder kirchliche Schulen in Chuuk, Pohnpei und Yap besuchen.

Der Fonds finanziert sich rein aus dem Privatvermögen US-amerikanischer Staatsbürger*innen. Die Empfänger*innen müssen sehr gute Leistungen in der Schule vorweisen, sich ehrenamtlich engagieren und regelmäßig Zeugnisse und Beurteilungen der Schulleitung vorlegen.

Drei der 22 Stipendien wurden in Erinnerung an besondere Menschen vergeben:

Das *Lee Huddleston-Stipendium* erinnert an Lee Joseph Huddleston aus Eugene (Oregon). Er hatte im Februar 2020 auf Chuuk eine Gruppe von Schulkindern aus einer starken Meeresströmung gerettet und war dabei ertrunken.

Das *Leona Peterson Memorial Scholarship* geht an das Mädchen Sheridan Giltamag aus Yap, die damit das Schulgeld für die *Our Lady of Mercy Catholic High school* in Pohnpei bezahlen kann. Das Stipendium erinnert an Leona Petersen, die das "Department of Aging" im *Trust Territory of the Pacific Islands* in den 1970er und frühen 1980er Jahren geleitet hatte.

Das *Paul Wees Memorial Scho-*

larship erinnert an den US-Marinearzt Dr. Wees, der während des Zweiten Weltkrieges auf dem Atoll Ulithi stationiert war und dort die Frambösie (Himbeerpocken) ausgerottet hat.

Info: Der *Habele Outer Island Education Fund* ist eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in South Carolina (USA), die Schüler*innen im Alter von bis zu 12 Jahren in Mikronesien betreut. Der Fonds wurde 2006 von ehemaligen Freiwilligen des US-amerikanischen *Peace Corps* (Friedenscorps) eingerichtet. In diesem Jahr haben sich 30 Amerikaner*innen aus 16 US-Staaten mit Einlagen an dem Fonds beteiligt. Eingezahlt haben u.a. ehemalige Mitglieder des *Peace Corps*, Tourist*innen, denen es in Mikronesien gut gefallen hat, sowie Angehörige der US-Armee, die in Mikronesien stationiert waren.

(<https://habele.org/>, <https://www.pncguam.com/habele-awards-scholarships-celebrates-us-micronesian-partnership/>)

Nachweis von Agent Orange

Guam: Die US-amerikanische Umweltbehörde (*US Environmental Protection Authority*, EPA) hat acht Monate nach der Entnahme von Bodenproben auf Guam Anfang Mai 2020 die Ergebnisse der Untersuchungen in einem „White Paper“ vorgelegt. Demnach befindet sich in Pflanzen- und Bodenproben jeweils eines der Inhaltsstoffe des Entlaubungsmittel *Agent Orange*. Gefunden wurde das für Mensch und Tier hochgiftige Tetrachlordibenzodioxin (TCDD, auch bekannt als *Seveso-Gift*).

Hintergrund der Untersuchungen ist das Engagement von Senatorin Therese Terlaje. Sie setzt sich für die Guam-Veteranen des Vietnam-Krieges (1955-1975) ein. Zwischen 1962 und 1975 dienten Soldaten aus Guam in der US-Armee. Es wird vermutet, dass sich in der ehemaligen Militärkaserne an der Tiyan Junction auf Guam

noch Reste von *Agent Orange* befinden. Die Veteranen konnten der EPA die Stellen zeigen, an denen ihrer Meinung nach das Nervengift gelagert worden war. Die an diesen Stellen entnommenen Proben wiesen die TCCD-Rückstände auf.

Nach Angaben der heute noch lebenden Veteranen seien sie mit dem Entlaubungsmittel in direkten Kontakt gekommen, da es auch über Guam versprüht worden sei, um für gute Sichtverhältnisse zu sorgen. Während des Vietnam-Krieges befand sich auf Guam eine wichtige Militärbasis der amerikanischen Luftwaffe, hier waren fast drei Viertel aller B-52 Bomber stationiert. Experten haben die Militärbasis auf Guam beschrieben als „*the site of the most immense buildup of air power in history*“.

Senatorin Terlaje erhofft sich einerseits von der US-amerikanischen Regierung eine finanzielle Entschädigung der Kriegsveteranen für erlittene Gesundheitsschäden wie Krebserkrankungen und Behinderungen. Andererseits möchte sie die entsprechend belasteten Gebiete auch dekontaminieren lassen, zum Schutz der heute dort lebenden Bevölkerung.

Terlaje erklärte, es sei wichtig, dass die US-amerikanische Regierung Verantwortung übernehme und die Gesundheitsschäden der Veteranen und ihrer Angehörigen offiziell anerkenne, denn erst dann sei die medizinische Versorgung der Erkrankten kostenlos. Da viele Veteranen bereits verstorben seien, müssten wenigstens die überlebenden Angehörigen kompensiert werden.

Infos: Seit 1961 versprühte die amerikanische Luftwaffe auf Anordnung von Präsident John F. Kennedy ein chemisches Mittel über Südvietnam, um den Dschungel zu entlauben und die Reisfelder zu zerstören. Damit wollten die US-Militärs dem Kriegsgegner, der kommunistischen Guerillaorganisation *Viet-*

cong, die Deckung nehmen und die Nahrungsgrundlage entziehen. Unter der Bezeichnung „*Ranch Hand*“ (Erntehelfer) testete die US-Armee 1965 erstmals das dioxinhaltige Mittel „*Agent Orange*“, benannt nach der orangefarbenen Markierung der Fässer. Am 7. Februar 1967 begann der flächendeckende Einsatz von „*Agent Orange*“. Mehr als drei Millionen Menschen leiden bis heute laut der *Vietnamese Association of Victims of Agent Orange* an den Spätfolgen des Entlaubungsmittels, vor allem an Fehlbildungen wie Lippen-Kiefer-Gaumenspalten, geistigen und körperlichen Behinderungen sowie Immunschwächekrankheiten.

(https://www.nvlsp.org/images/uploads/2020.05.08_-_NVLSP-VLSC_White_Paper.pdf, <https://law.yale.edu/yls-today/news/clinical-issues-report-confirming-guam-veterans-exposure-dioxin-herbicides-agent-orange>)

Pazifikstaaten spenden Corona-Tests

Guam: Die Gesundheitsämter der Föderierten Staaten von Mikronesien, der Marshall-Inseln, der Nördlichen Marianen und von Palau haben dem US-amerikanischen Außengebiet Guam 2.987 Corona-Tests sowie Testmaterial für 550 Corona-Antikörper-Tests gespendet.

Grund für die Spende war zu einen der drohende Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums der Testsets sowie die stark ansteigende Zahl von Corona-Infektionen auf Guam in diesem Monat.

Die Tests wurden auf die 20 Testzentren im Land verteilt. Pro Testzentrum werden täglich 100 Personen auf eine Erkrankung mit dem Corona-Virus getestet. Das Personal der Zentren ist auch zuständig für die Anweisung der Quarantäne sowie für die Ermittlung von Kontaktpersonen.

Mit Datum 21. September gibt es auf Guam 2.074 Infizierte sowie 31 mit und an Corona Verstorbene. (*Pacific News Center 08.09.20, Johns Hopkins University Global Corona Map 21.09.20*)

Gehaltserhöhung für Beamte

Nauru: Zum 29. Juni hat die Regierung von Nauru die Bezüge ihrer Regierungsbeamten erhöht. Die Gehaltserhöhungen richten sich nach der Eingruppierung der Empfänger*innen. Beamte im gehobenen Dienst erhalten 10 % mehr Gehalt. Beamte im höheren Dienst bekommen 8 % mehr Gehalt und Beamte im mittleren Dienst erhalten 6 % mehr pro Monat.

Das Kabinett befürwortete auch eine Gehaltserhöhung für Lehrer*innen, medizinisches Personal und die Polizei. Prozentzahlen wurden hier jedoch nicht bekannt gegeben. (*Nauru Media 08.07.20, https://www.paylab.com/nr/salaryinfo*)

50. Jahrestag des „Handover“

Nauru: Am 1. Juli haben Präsident Lionel Aingimea, seine Frau Ingrid und die Kabinettsmitglieder am *Aiue Boulevard* den so genannten „*Handover Day*“ gefeiert. Damit bezeichnen die Nauruer den Tag, an dem die Verwaltung der Phosphatvorkommen auf der Insel von ausländischen Firmen in die Hand der Regierung übergeben wurde.

Am 1. Juli 1970 hatte die *Nauru Phosphate Corporation*, eine Aktiengesellschaft der Staaten Australien, Großbritannien und Neuseeland, die Eigentümerschaft an den Phosphatvorkommen an die Regierung von Nauru für 20 Millionen AUD übergeben.

Nachdem die Regierung die Phosphatinsel durch Fehlinvestitionen, dubiose Immobiliengeschäfte im Ausland und Korruption in den Ruin und in die Abhängigkeit von australischer Entwicklungshilfe getrieben hatte, hatte man am 1. Juli 2005 die Geschäfte und Eigentümerschaft zurück abgewickelt und sie an die staatseigene Firma *RONPhos (Republic of Nauru Phosphate)* übergeben.

Präsident Aingimea sagte anlässlich des seit 2017 begangenen *Handover Days*, er habe Vertrauen in RONPhos. Sie könnten das Land zukünftig wieder voranbringen.

Info: 1906 startete die von dem britischen Schiffsoffizier Albert Ellis gegründete Pazifische Phosphatkompanie mit Hilfe der deutschen Regierung den Phosphatabbau. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Nauru an Großbritannien, Australien und Neuseeland übergeben. Diese etablierten die *Britischen Phosphatbeauftragten* (British Phosphate Commission), welche die Rechte über das Phosphat übernahmen. 1967 kauften die Nauruer die Schürfrechte von den Britischen Phosphatbeauftragten auf. 1968 wurde Nauru unter Führung des Gründungspräsidenten Hammer DeRoburt von Australien unabhängig und eine völkerrechtlich souveräne Republik. Am 1. Juli 1970 wurde die Verwaltung der Phosphatvorkommen verstaatlicht.

Der Export von Phosphat wurde 2000 weitgehend eingestellt, obwohl immer noch geringfügig Phosphat abgebaut wird. Seit Ende 2004 wird wieder vermehrt exportiert. Kürzlich wurden rund 800 Stellen, die Hälfte aller Arbeitskräfte, gestrichen, was einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um etwa 10 % bedeutete.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält seit dem 15. April 1979 diplomatische Beziehungen mit Nauru. (<http://nauru-news.com/nauru-celebrates-50-years-phosphate-handover/>, <http://www.ronphos.com.au/>, Wikipedia)

Fracht-Schiffahrtlinie gegründet

Nauru: Die *Nauru Maritime and Port Authority* hat am 24. Juli die neue staatliche „*Nauru Shipping Line*“ (NSL) in Betrieb genommen. Erste Fracht-Schiffahrten zu einer Reihe von Häfen sind ab August geplant. Die Frachtlinie wird zwischen Nauru und den australischen Häfen Melbourne,

Sydney und Brisbane verkehren. Außerdem wird sie Bauru und Suva (Fidschi) verbinden, sowie auch Häfen in Südostasien anlauen.

Bisher kann die neue Linie nur ein einziges großes Frachtschiff chartern, die „*Kiwai Chief*“, die überwiegend zwischen Suva und Nauru pendeln soll. Der 64 Meter lange Frachter wurde 2013 gebaut, er läuft unter der Flagge von Papua-Neuguinea und hat neuguineisches Besatzungspersonal.

Längerfristig plant die NSL weitere Schiffs-Charter. Als nächstes soll ein 82 Meter langes Frachtschiff gechartert werden, das Platz für 108 Container bietet.

Zur Eröffnung der NSL fand in der *Centennial Hall* am 18. August ein festliches Mittagessen mit Vertreter*innen aus Politik, Kultur und Gesellschaft statt. Die Eröffnungsrede hielt Präsident Lionel Aingimea unter dem Motto „*Sailing into the future*“.

Info: Kurz nach der Unabhängigkeit Naurus gab es bereits einmal eine staatliche Frachtschiffahrtlinie auf Nauru: Die „*Nauru Pacific Line*“ war 1969 gegründet worden und verfügte über sieben Frachtschiffe. (*Nauru Bulletin*, 13-2020/217 und 15-2020/219, *Radio NZ Intern*. 13.08.20)

MARSHALL-INSELN

Rückkehr nach Lockdown und Quarantäne

Der erste marshallische Staatsbürger, der die Inseln nach dem mehrwöchigen Lockdown wegen der Corona-Pandemie wieder betreten durfte, ist wie ein Held gefeiert worden. Joe Rubon, der als Ingenieur für die US-amerikanische Armee auf der *U.S. Army Garrison Kwajalein Atoll* (USAG-KA) arbeitet, wurde nach einer 21-tägigen strikten Quarantäne in seinem Zimmer in der Kaserne auf Kwajalein ein festlicher Empfang bereitet. Die amerikanische Botschafterin für

die Marshall-Inseln, Roxanne Cabral, Mayor Hirata Kabua, der oberste Kommandant des Stützpunktes, Jeremy Bartel, Parlamentarier für den Wahlbezirk Kwajalein sowie Rachel Hickman, Vize-Direktorin der *Ronald Reagan Test Site*, begrüßten Rubon als ersten Heimkehrer nach dem Lockdown. Rubon arbeitet seit 21 Jahren als technischer Ingenieur auf der nördlich im Kwajalein-Atoll gelegenen Insel Roi Namur und wollte sich gleich nach der Begrüßung auf den Heimweg zu seinem Stützpunkt machen.

Kurz nach Rubons Rückkehr erreichte ein Flugzeug aus Hawai'i mit sechs marshallischen Staatsbürgern Kwajalein. Auch diese sechs Bürger müssen nun 21 Tage in Quarantäne in isolierten Räumen der Kaserne ausharren, bevor sie zu ihren Familien reisen können. Die sechs Personen arbeiten im Krankenhaus von Ebeye und aufgrund ihres systemrelevanten Berufs durften sie als Erstes in den Flieger in Richtung Heimat starten.

Nach Angaben des Kabinetts warten derzeit noch 200 Marshallisen in den USA auf die Möglichkeit, auf die Inseln zurückkehren zu dürfen.

Die Marshall-Inseln hatten mit Beginn der Pandemie ihre Außengrenzen konsequent geschlossen und selbst Angehörigen so genannter systemrelevanter Berufe die Einreise verweigert. (*Marshall Islands Journal* 06.08.20)

Gemeinsam gegen sexuelle Gewalt

Die Präsidentin der Nichtregierungsorganisation „*Women United Together in the Marshall Islands*“ (WUTMI), Ramona Levy-Strauss, hat Ende August eine Vereinbarung (*Memorandum of Understanding*, MoU) mit dem Generalstaatsanwalt Richard Hickson unterzeichnet. Darin geht es um eine Zusammenarbeit beim Schutz von Mädchen und Frauen vor häuslicher (auch sexueller) Gewalt. Die Unterzeich-

nenden verpflichten sich mit der Vereinbarung u.a., Opfer von Gewalt besser zu betreuen und den Menschenhandel zu unterbinden.

Das Abkommen sieht vor, dass der Generalstaatsanwalt die Opfer besser vor den Tätern schützt, die Täter strafrechtlich verfolgt werden sowie die Opfer und ihre Angehörigen regelmäßig über den Fortgang des Strafverfahrens unterrichtet werden.

Im Gegenzug verpflichtet sich WUTMI, sich nicht in die strafrechtliche Aufarbeitung von Fällen sexueller Gewalt einzumischen, sondern sich vielmehr um die weiblichen Opfer solcher Straftaten zu kümmern.

Info: Nach Angaben von WUTMI haben 69 % aller Frauen auf den Marshall-Inseln bereits häusliche (sexuelle) Gewalt erfahren. Neun von zehn befragten Frauen zeigen diese Fälle aus Angst und Scham nicht bei der Polizei an.

WUTMI engagiert sich unter dem Motto „*Empowerment and Advancement of Women*“ für das Wohl der Frauen auf den Marshall-Inseln. Die lokale NGO fördert die traditionelle Kultur und Lebensweise der Marshalllesinnen, jedoch vor dem Hintergrund des Schutzes der Menschenrechte. (Marshall Islands Journal 20.08.20, <http://www.wutmi.com/>)

Desinfektion der Importware

Auf Geheiß des *National Disaster Committee* haben Mitarbeitende der *Environment Protection Authority* (EPA) Importwaren desinfiziert. Als Schutz vor einer weiteren Ausbreitung des Corona-Virus wurden alle per Flugzeug importierten Waren am *Amata Kabua International Airport* in Majuro zunächst en bloc mit Desinfektionsmittel besprüht. Anschließend wurden die Kisten und Container im Abstand auf Holzpaletten gestellt und dort erneut von allen Seiten desinfiziert.

EPA-Direktorin Moriana Phillip erklärte, sie habe auch die Post angewiesen, ankommende Postsendungen nur mit Handschuhen anzufassen und diese ebenfalls mit Desinfektionsspray einzusprühen. (Marshall Islands Journal 06.08.20)

Kein Tabak-Verkauf an Minderjährige

In neun von zehn Geschäften auf den Marshall-Inseln werden keine Tabakwaren an Minderjährige verkauft. Zu diesem positiven Ergebnis kommt der Ende 2019 durchgeführte „*Synar Survey*“. Befragt wurden 220 Geschäftsinhaber*innen von so genannten stores auf fünf Atollen. Auf den Atollen Ebeye und Arno gab es keinen einzigen Verstoß gegen das seit 1992 in Kraft befindliche Verkaufsverbot von Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Auf Majuro verstießen jedoch 25 von 140 stores gegen das Verbot, indem sie Kautabak und Zigaretten auch an Minderjährige verkauften. Auf Wotje hielten sich zwei von 12 stores nicht an das Verbot, auf Jaluit nur einer von 19 stores. Besonders viele jugendliche Käufer*innen scheint es auf der kleinen Insel Rairok bei Majuro zu geben. Hier hielten sich 16 Geschäfte nicht an das Verbot.

Insgesamt lag die Quote des Gesetzesverstößes im vergangenen Jahr bei 14 %. 2018 hatte sie noch bei 10,8 % gelegen.

Bereits im Jahr 1992 hatte der US-amerikanische Kongress ein Gesetz verabschiedet („*Synar Amendment*“), das amerikanischen Staaten und Überseegebiete dazu zwang, ein lokales Verkaufsverbot für Tabakwaren an Minderjährige einzuführen und ggf. auch mit strafrechtlichen Konsequenzen durchzusetzen.

Ab 2008 begann die *Marshall Islands Epidemiology and Prevention Initiative* damit, jährlich einen Sachstandsbericht über die Einhaltung des Verbots zu erheben.

Im ersten Jahr (2008) hatte sich so gut wie kein store an das Verkaufsverbot gehalten - jetzt halten sich immerhin neun von zehn Tabakgeschäften daran, was die Verantwortlichen für die Studie als Erfolg verbuchen.

(Marshall Islands Journal 16.07.20, <https://www.health.pa.gov/topics/HealthStatistics/HealthStatisticsAtoZ/Pages/Synar-Survey.aspx>)

KIRIBATI

Neue Studie über häusliche Gewalt

Laut einer am 20. Juli veröffentlichten Studie im Rahmen der Regierungs-Initiative „*Strengthening Peaceful Villages*“ (SPV) haben im vergangenen Jahr 57 % der befragten Männer ihre Ehefrauen oder Lebenspartnerinnen sexuell missbraucht und/oder sind ihnen gegenüber gewalttätig geworden.

Für die Studie „*Violence against Women and Girls in South Tarawa, Kiribati: Findings from a 2019 baseline study*“ waren im Februar und April 2019 629 zufällig ausgewählte Frauen und 556 zufällig ausgewählte Männer zwischen 15 und 49 Jahren befragt worden.

38 % der Frauen gaben an, von ihren Partnern geschlagen und/oder sexuell missbraucht worden zu sein.

Das Missverhältnis in der Wahrnehmung von Gewalt sei typisch für die Region, erklärten die Organisatoren der Befragung. Frauen schämten sich zu sehr, um Gewalterfahrungen öffentlich zuzugeben bzw. glaubten sie, die Gewalt ihnen gegenüber sei wegen Fehlverhaltens „gerechtfertigt“.

Von den befragten Frauen gaben 21 % an, sie hätten vier Formen von Gewalt in ihrem Leben erfahren: emotionale, wirtschaftliche, sexuelle und körperliche Gewalt. 69 % der Frauen erklärten, sie hätten mindestens schon einmal im Leben zwei Arten von Gewalt erlebt. Dabei gaben zwei Drittel

der Frauen an, die ihnen zugefügte Gewalt habe fühl- und sichtbare gesundheitliche Folgen gehabt.

Positiv vermerkt die Studie, dass immerhin 68 % der Frauen und 76 % der befragten Männer glauben, dass Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen in ihrer Kultur vermeidbar sei.

Info: Präsident Taneri Maamau hatte das SPV-Programm im letzten Jahr ins Leben gerufen, um häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen. Es gälte, einen Meinungsumschwung unter der männlichen Bevölkerung hervorzurufen, die bisher Gewalt gegen Frauen als „normal“ betrachtet haben und nicht als Straftat. Respekt, Fürsorge und Liebe sollten in einer Familie vorherrschen und nicht etwa Gewalt, hatte Maamau bei der Einführung des SPV-Programms gesagt.

Die 20-seitige „*South Tarawa Healthy Living Study*“ war vom *The Equality Institute* (Australien) im Auftrag der kiribatischen Regierung durchgeführt worden. Finanziert wurde die Studie durch australische und neuseeländische Entwicklungshilfegelder und durch das Frauenprogramm der Vereinten Nationen *UN Women*. (*Radio NZ Intern.* 03.08.20, <https://www.equalityinstitute.org/>, <https://asiapacific.unwomen.org/en/digital-library/publications/2020/07/south-tarawa-healthy-living-study>)

Zusammenarbeit zum Kindeswohl

Der Beauftragte des Kinderhilfswerkes UNICEF für die Region Ozeanien, Sheldon Yett, der neuseeländische Botschafter für Kiribati, Paul Wallis, und Kaaro Neeti vom kiribatischen Gesundheitsministerium haben Anfang Juli ein Abkommen zum Schutz von Säuglingen und Kleinkindern unterzeichnet.

Die neuseeländische Regierung stellt sieben Millionen NZ-Dollar zur Verfügung, um ein Vorsorgeprogramm von der Schwangerschaft bis zum zweiten Geburts-

tag des Kindes auf die Beine zu stellen. Bis dato hat Kiribati die höchste Kleinkindersterblichkeit in Ozeanien. Eines von 25 Kindern stirbt im Alter von unter einem Jahr aufgrund mangelnder Hygiene sowie mangelnder Versorgung mit Trinkwasser und dadurch ausgelösten Durchfallerkrankungen. Auch Lungenentzündungen und Blutvergiftungen tragen zur hohen Kindersterblichkeit bei.

Vor allem bei den Durchfallerkrankungen handelt es sich um vermeidbare Todesfälle, wie Yett erklärte. Dabei sei Kiribati sehr gut aufgestellt. Über alle Inseln verteilt gebe es 102 *Primary Health Care Centres*, die sowohl die Vorsorge bei Schwangeren als auch die Versorgung von kranken Kleinkindern übernehmen könnten. Leider hätten diese lokalen Gesundheitszentren ein sehr schlechtes Ansehen bei der Bevölkerung, beklagte die Vertreterin des Gesundheitsministeriums. Eltern würden mit ihren kranken Kindern oft bis zur „letzten Minute“ warten und dann eines der vier Krankenhäuser auf den Inseln aufsuchen.

Mit den neuseeländischen Geldern werde man die Gesundheitszentren besser ausstatten und Krankenschwestern und Ärzte vor Ort einsetzen. Es gelte jetzt, das Vertrauen der Bevölkerung in das lokale Gesundheitssystem zu stärken, hieß es weiter. (*Radio NZ Intern.* 03.07.20, <https://www.unicef.org/pacificislands/press-releases/unicef-signs-nz7-million-agreement-improve-quality-health-care-i-kiribati-children>)

ADB und Weltbank fördern Sicherheit auf See

Die *Asiatische Entwicklungsbank* ADB und die *Weltbank* unterstützen mit 12 Millionen US-Dollar die Sicherheit bei Fähren und Transportfrachtern im inländischen Inselverkehr der westlichen Gilbert-Gruppe. Auf den äußeren Inseln der Gilbert-Gruppe sollen Schiffsanlegestellen modernisiert werden, Anlegerampen

renoviert und überdachte Passagier-Warteräume gebaut werden. Außerdem sollen die Navigationssysteme auf den Inselfähren modernisiert werden.

Die Fährverbindungen zwischen den Inseln bilden die Lebensader für die Menschen auf den Atollen, denn über die Schiffe gelangen Waren, Medikamente und wichtige Güter zu den äußeren Inseln.

Die ADB und die Weltbank wollen mit ihren Hilfgeldern ein zweites Fährunglück wie dies aus dem Februar 2018 vermeiden, als die völlig überladene und marode MV Butiraoi auf dem Weg von Nonouti nach Tarawa sank und 95 Menschen starben.

Info: Die Gilbertinseln (kiribatisch: Tungaru) sind eine Kette von 16 Atollen im Inselstaat Kiribati. Das bevölkerungsreichste und bedeutendste Atoll ist Tarawa, auf dem die Hauptstadt South Tarawa auf der Insel Bairiki liegt. Auf den Gilbertinseln leben ca. 99.400 Einwohner*innen. (*Radio NZ Intern.* 02.07.20, <https://www.adb.org/offices/south-pacific/overview/kiribati>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Laptop-Spende

Tonga: Die *All China Women's Federation* (Verband der chinesischen Frauen) aus China hat dem tongaischen Ministerium für innere Angelegenheiten, Frauen und Gender-Gerechtigkeit (*Ministry of Internal Affairs, Women's Affairs and Gender Equality Division*) Mitte Juli 30 Laptops samt Taschen, drei Computermäuse sowie zwei transportable Beamer gespendet.

Hintergrund der Spende war eine Bitte um technische Unterstützung der tongaischen Ministeriums-Mitarbeitenden. Man könne ohne ausreichende technische

Hilfsmittel die Ziele des Ministeriums wie etwa die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Förderung von Frauen in Politik und Gesellschaft nicht erfüllen, hieß es aus dem Ministerium. Deshalb habe man einen Förderantrag an die *All China Women's Federation* gestellt mit der Bitte um technische Unterstützung.

Von dort hieß es nun, mit dem gespendeten Equipment könne die bilaterale Freundschaft zwischen den beiden Staaten gestärkt und das gemeinsame Ziel einer Ermächtigung (*empowerment*) von Frauen durchgesetzt werden. Dies sei gerade in der Pandemie-Krise wichtig, betonte Innenminister Vatau Hui bei der feierlichen Übergabe der Computer-Ausrüstung in der chinesischen Botschaft durch Cao Xiaolin, dem chinesischen Botschafter für Tonga. (*Loop Pacific* 20.07.20, *Radio and TV Tonga* 21.07.20)

Digicel spendet mobile Daten

Tonga: Der Mobilfunknetz- und Home-Entertainment-Anbieter *Digicel* ermöglicht in Quarantäne sitzenden Rückkehrer*innen die kostenlose Nutzung von Internet und Telefonie. Das gab der geschäftsführende Direktor des tongaischen Zweigs von *Digicel*, Anthony Seuseu, bekannt.

Nachdem das Königreich Tonga seine Grenzen für im Ausland feststehende tongaische Staatsbürger*innen geöffnet hat, werden dieser Tage 7.000 Rückkehrende in Tonga erwartet. Zwar dürfen sie einreisen, müssen sich aber in von der Regierung vorgeschriebenen Beherbergungsbetrieben in eine 14-tägige Quarantäne begeben. Um den Rückkehrenden den Kontakt zu Familien und Freunden zu ermöglichen, sponsert *Digicel* mobile Daten für mobile Endgeräte. Damit können die Rückkehrenden in Kontakt mit der Außenwelt bleiben.

Anthony Seuseu erklärte, *Digicel* habe seit Ausbruch der Corona-

Pandemie bereits Hilfeleistungen im Wert von 500.000 tongaischen pa'anga geleistet. So habe man der Bevölkerung den kostenlosen Zugang zu Gesundheitswebseiten ermöglicht. Außerdem habe man täglich kostenfrei sms mit den aktuellen Informationen zu Corona an Handybesitzer geschickt. Zusätzlich habe man Bezahlangebote für Filme und Computerspiele für die Zeit der Pandemie außer Kraft gesetzt und damit jedem den kostenlosen Zugang zu digitalen Unterhaltungsangeboten ermöglicht. Besonders stolz sei *Digicel*, so der Geschäftsführer, auf die kostenlose Bereitstellung von digitalen Bildungsangeboten des tongaischen Bildungsministeriums. Alle Materialien für die „Schule zu Hause“ seien Schüler*innen und Studierenden während der Schul- und Unischließungen kostenlos zur Verfügung gestellt worden. (*Pressemittteilung Digicel* 13.07.20)

Mehr Wasser in Plastikflaschen

Tonga: Eine Untersuchung von Wissenschaftler*innen der neuseeländischen *Otago University* hat ergeben, dass nach Einführung der so genannten „Zuckersteuer“ im Königreich Tonga mehr reines Trinkwasser in Plastikflaschen abgefüllt und verkauft wird.

Die tongaische Regierung hatte im Jahr 2013 eine Steuer auf zuckerhaltige Soft-Drinks in Plastikflaschen eingeführt und diese Steuer mehrfach erhöht. Derzeit beträgt sie 31 % (1,50 tongaische Pa'anga pro Getränk), was zuckerhaltige Getränke um 17 % teurer macht als reines Wasser. Jährlich konnte die Regierung durch diese „Zuckersteuer“ rund 3,4 Millionen US-Dollar an Zusatzeinnahmen verbuchen.

Professor Nick Wilson, einer der Verantwortlichen für die Studie, erklärte, die Zuckersteuer habe mehrere positive Effekte. Einerseits verteuere sie ungesunde Getränke, so dass die Menschen

sorgfältiger über den Kauf nachdächten. Andererseits führe die Verteuerung auch zu einer Verringerung des Imports von Soft-Drinks aus dem Ausland. Die Wissenschaftler errechneten, dass der Import von Soft-Drinks seit 2017 um 54,2 % zurückgegangen war. Die Einwohner*innen Tongas griffen daher vermehrt zu Trinkwasser aus Plastikflaschen. Da dieses lokal abgefüllt und vertrieben werde, gebe es noch einen schönen Nebeneffekt für die einheimische Wasserwirtschaft, erläuterte Wilson.

Noch sei jedoch ungeklärt, so Wilson weiter, ob die „Zuckersteuer“ positive Auswirkungen auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung habe. Es müsse hier weiter geforscht werden, ob durch das vermehrte Trinken von Wasser die Rate an Adipositas- und Diabetes-Erkrankten zurückginge.

Die Studie sei zumindest ein erster Hinweis auf die positiven Auswirkungen einer Zuckersteuer und andere Pazifikstaaten könnten von Tongas Erfahrungen lernen, so der neuseeländische Professor.

Hier geht es zu der Studie: <https://ijbnpa.biomedcentral.com/track/pdf/10.1186/s12966-020-00980-1>

(*Radio NZ Intern.* 22.07.20)

Erneute Kandidatur

Samoa: Der samoanische Premierminister Tuila'epa Sailele Malielegaoi tritt erneut für seine Partei *Human Rights Protection Party* (HRPP) bei den Wahlen 2021 an. Der 75-jährige Politiker erklärte, er habe sich entschieden, erneut als Premier zu kandidieren, nachdem ihn kürzlich die Parteimitglieder einstimmig als Kandidaten gewählt hatten. Er werde nicht in Rente gehen, solange andere Menschen schlechten Einfluss auf sein Land nehmen könnten, erklärte der Premier kämpferisch.

Bei den Wahlen werden voraussichtlich fünf Parteien antreten, darunter die führende HRPP-Partei sowie die zweitstärkste Kraft auf den Inseln, die *Tautua Samoa Party* (TSP).

In der gesetzgebenden Versammlung *fono* des unabhängigen Staates sitzen 49 Mitglieder. Eine Wahlperiode beträgt fünf Jahre, das Wahlalter beträgt 21 Jahre.

Info: Sailele Tuila'epa Malielegaoi (geb. 14. April 1945) ist Premierminister und Außenminister des Unabhängigen Staates von Samoa und Vorsitzender der *Human Rights Protection Party* (HRPP), die seit 1988 regiert und eine gemäßigt konservative Linie verfolgt. Sein Amtsantritt war am 24. November 1998. In den Jahren 2001, 2006, 2011 und 2016 wurde er wiedergewählt. Sollte er auch 2021 wiedergewählt werden, wäre er der am längsten amtierende Premierminister in Ozeanien.

Malielegaoi ist studierter und promovierter Volkswirt. Vor seinem Amtsantritt arbeitete er für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *Coopers & Lybrand*. 1980 wurde er in das samoanische Parlament gewählt. (Radio NZ Intern. 15.07.20, https://en.wikipedia.org/wiki/Elections_in_Samoa)

Vize-Premierministerin verkündet Rücktritt

Samoa: Die samoanische Vize-Premierministerin und Ministerin für Umwelt und Ressourcen, Fiamē Naomi Mata'afa, hat am 11. September mit sofortiger Wirkung ihren Rücktritt als Ministerin erklärt. Sie übergab ihr Kündigungsschreiben persönlich an Premierminister Dr. Tuila'epa Sailele Malielegaoi.

Die langjährige engagierte Politikerin erklärte, sie könne sich mit dem im Kabinett verhandelten drei neuen Gesetzesentwürfen zum „Constitution Amendment Bill 2020“, dem „Land and Titles Court Bill 2020“ und dem „Judica-

ture Bill 2020“ nicht anfreunden und unterstütze diese daher nicht.

Mit Hilfe der drei neuen Gesetze soll ein unabhängiger „Land and Titles Court“ eingerichtet werden, der der samoanischen Judikative eines Supreme Court nicht unterliegt.

Mata'afa sagte, sie wolle die demokratische Verfassung Samoas nicht unterminieren und ihr Rückzug aus dem Kabinett sei nur folgerichtig.

Premier Malielegaoi äußerte sich herablassend zu Mata'afas Entschluss. Es sei ihm egal, ob sie den Gesetzen zustimme und wenn sie aus dem Kabinett scheidet, sei sie auch automatisch aus der *Human Rights Protection Party* ausgeschieden, sagte er. „*That is her decision which means she is no longer with the party.*“

Bis zu den Parlamentswahlen 2021 wird Mata'afa weiter als parteiloses Mitglied im Parlament sitzen, erklärte eine Sprecherin.

Info: Fiamē Mata'afa (Jahrgang 1957) sitzt seit 1985 im Parlament von Samoa. 1991 wurde sie als erste samoanische Frau zur Bildungsministerin bestellt. Von 2006 bis 2011 war sie Ministerin für Frauen und Soziales, von 2011 bis 2016 Justizministerin. 2016 wurde die aus einer hochrangigen *matai*-Familie stammende Mata'afa zur ersten weiblichen stellvertretenden Premierministerin ernannt. Die charismatische Tochter des nach der Unabhängigkeit ersten samoanischen Premierministers Fiamē Mata'afa Faumuina Mulinu'u II hat vielfältige (Ehren-)Ämter, u.a. vertrat sie Samoa bei der UNESCO. Außerdem war sie Pro-Dekanin der *University of the South Pacific* (USP). Für ihr Engagement erhielt sie 2017 den Orden „Stars of Oceania“ und wurde 2018 mit der Ehrendoktorwürde der USP ausgezeichnet. (*Samoa Observer* 11.09.20, *Radio NZ Intern.* 11.09.20)

† Dr. Joseph Williams

Cook-Inseln: Der 85-jährige Arzt und ehemalige Premierminister der Cook-Inseln, Dr. Joe Williams („Papa Joe“), starb am 4. September im neuseeländischen *Auckland Hospital* an den Folgen von COVID-19. Er ist das bisher 24. Todesopfer der Coronapandemie in Neuseeland.

Williams wurde am 4. Oktober 1934 auf dem Atoll Aitutaki geboren. 1960 machte er sein medizinisches Examen an der *Otago Medical School*, später studierte er *Public Health* an der *University of Hawaii*. 1968 wurde er in das Parlament für den Wahlkreis Aitutaki gewählt. Von 1974 bis 1978 war er Minister für Bildung und Gesundheit. Nach seinem Umzug nach Neuseeland wurde er Mitglied der *Cook Islands Party* und vertrat von Neuseeland aus die Interessen der in Auckland lebenden Cook-Insulaner*innen. Von 1994 bis 1996 war er erneut Gesundheitsminister sowie Minister für Transport und Tourismus. Im Jahr 1999 war er für vier Monate Premierminister, verlor dann aber seinen Sitz durch ein Misstrauensvotum aufgrund der Unzufriedenheit der Parlamentarier über seinen ständigen Aufenthaltsort Auckland. Hier leitete Dr. Williams bis zu seinem Tod das *Mt Wellington Integrated Family Health Centre*.

Als Arzt machte sich Williams bei der Bekämpfung der Krankheit *Elephantiasis* einen Namen. Dabei handelt es sich um eine abnorme Vergrößerung eines Körperteils durch einen Lymphstau. Für seine Forschungen, wie diese Krankheit ausgerottet werden kann, wurde Williams von der Weltgesundheitsorganisation WHO mit einem „*Award of Appreciation*“ geehrt.

Info: Einen Tag vor Williams Tod verstarb sein älterer Bruder Tuaine in Australien. Die Familie Williams sind direkte Nachfahren von William Marsters. Jener war ein englischer Abenteurer aus Walcotte, Leicestershire (England), der

sich am 8. Juli 1863 mit seiner polynesischen Frau und zwei polynesischen Geliebten auf Palmerston Island (Cook-Inseln) niedergelassen hatte. (*Cook Islands News, Radio NZ Intern. 05.09.20, Wikipedia*)

Kampf gegen giftigen Seestern

Cook-Inseln: Die lokale Umweltschutzorganisation *Korero o te Orau* hat am Riff rund um die Hauptinsel Rarotonga den giftigen Dornenkronenseestern entdeckt. Der Seestern sei dabei, sich am Riff festzusetzen, erklärte Teina Rongo, Sprecher der Umweltschutzorganisation.

Sorgen macht der Organisation die zerstörerische Kraft des Seesterns sowie die von ihm ausgehende gesundheitliche Gefahr für die Menschen.

Der Dornenkronenseestern ist neben der Algenblüte und anderen Faktoren wesentlich am Absterben von Korallenriffen beteiligt. Er frisst ausschließlich Steinkorallen, indem er auf sie klettert, seinen Magen über sie stülpt und Verdauungsenzyme ausstößt. Das dadurch verflüssigte Gewebe nimmt er dann auf. Ein einzelnes Tier kann innerhalb eines Jahres eine Korallenfläche von bis zu sechs Quadratmetern vernichten.

Nach Angaben einer auf fünf Jahre angelegten Studie von australischen Korallenriffexperten am Riff vor der Insel Aitutaki sind dort derzeit schon 80 % der Korallenriffe vom Dornenkronenseestern befallen.

Die Dornenkronen „überfallen“ ein Riff in regelmäßigen Abständen, wobei Millionen Seesterne gleichzeitig über das Riff herfallen - vergleichbar mit einer Heuschreckenplage - und nur die Skelette der Korallen zurücklassen.

Die Abstände zwischen diesen Plagen haben sich in den letzten fünfzig Jahren stark verkürzt und die Zahl der beteiligten Individuen ist drastisch angestiegen. Es wird

vermutet, dass Düngemittel, die durch den Regen in die Flüsse und von dort in die Meere geschwemmt werden, zur Vermehrung beitragen, da sich die Larven der Dornenkronen von Algen ernähren, deren Wachstum durch die eingeschwemmten Nährstoffe gefördert wird. Gleichzeitig nimmt durch die Überfischung der Weltmeere die Zahl der Fressfeinde von Larven und ausgewachsenen Dornenkronen dramatisch ab.

Info: Der Dornenkronenseestern (*Acanthaster planci*) ist ein rotgefärbter Seestern und hat 6 bis 23 Arme bei einem Durchmesser von bis zu 40 cm. Er ist in den tropischen Zonen des gesamten Indopazifiks verbreitet. Auf seinem Körper befinden sich 4–5 cm lange spitze Giftstacheln, die bei Berührung durch den Menschen Übelkeit, Lähmungen und starke Schmerzen hervorrufen können. (*Radio NZ Intern. 22.07.20. https://animaldiversity.org/site/accounts/information/Acanthaster_planci.html, <https://www.pacificislandtimes.com/single-post/2020/06/05/Crown-of-thorns-starfish-outbreak-decimates-coral-reefs-in-Cook-Islands>*)

FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Jakob Holland, FSJ'ler bei Mission EineWelt und in der Pazifik-Infostelle.]

Zweite COVID-19 Welle

Frz.-Polynesien: Wie auch in Deutschland steigen in Französisch-Polynesien die Fälle von Corona-Infektionen weiter an. Bis zum 9. September waren 773 Einwohner*innen infiziert. Bisher starb jedoch dort noch niemand an der neuartigen Lungenkrankheit.

Die Regierung beschloss trotz der steigenden Zahlen dennoch, zwei der drei Schulen in Tahiti zu öffnen. Jedoch wehren sich Lehrer*innen gegen diesen Beschluss und drohen bei einer Öffnung der Schule mit Streiks. Für die Kirche ändert sich in Französisch-Polynesien nichts.

Trotz der steigenden Zahlen dürfen hier, anders als während der ersten Welle, weiterhin Gottesdienste gefeiert werden.

(*<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/425489/teachers-threaten-strike-as-tahiti-schools-reopen-amid-covid-19>
<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/424551/tahiti-churches-stay-open-amid-worsening-covid-19-pandemic>*)

Petition für Unabhängigkeit

Frz.-Polynesien: Seit Anfang August setzen sich die Anhänger*innen der oppositionellen *Tavini Huiraatira* Partei unter der Führung von Oscar Temaru mit einer Petition für die Unabhängigkeit der einstigen französischen Kolonie ein. Anfang August hinterlegten sie im Gericht von Papeete diese Petition, die nun ein Jahr lang von den Einwohner*innen Französisch-Polynesiens unterschrieben werden kann.

Bereits 2013 wurde Französisch-Polynesien von der UN-Vollversammlung auf die Entkolonialisierungs-Liste der Vereinten Nationen gesetzt. Frankreich boykottierte die Sitzung, Deutschland, die USA und Großbritannien distanzieren sich von diesem Beschluss.

Bisher hatte es in Französisch-Polynesien allerdings noch kein Referendum zu diesem Thema gegeben.

Das Land mit seinen knapp 295.000 Einwohner*innen ist ein französisches Überseegebiet (*Collectivité d'outre mer*, COM) und verfügt über weitgehende Autonomierechte. In Fragen der Außenpolitik oder der Justiz ist jedoch Frankreich zuständig, dass schon 2013 jegliche Bestrebungen zur Dekolonialisierung ablehnte.

(*<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/422521/petition-for-sovereignty-launched-in-french-polynesia>
https://www.diepresse.com/1403740/unvollversammlung-unabhangigkeit-fur-franzosisch-polynesi-en?_vl_backlink=%2Fhome%2Fpolitik%2Fausserpolitik%2Findex.do_*)

Neue Erkenntnisse

Rapa Nui: „Klimahysterie“ war 2019 das Unwort des Jahres. Was aber passiert, wenn wir dem Klimawandel zu wenig Bedeutung zusprechen, hat man schon vor hunderten von Jahren gesehen, wie neue wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen.

Auf der Osterinsel lebten im 18. Jahrhundert etwa 3.000 Einwohner*innen, die vor allem für ihre rund 1.000 Steinköpfe (*Moai*) bekannt geworden sind. Doch Ende des 19. Jahrhunderts lebten nur noch 111 Ureinwohner auf der Insel.

Um das „Warum?“ zu klären, gab es viele Theorien.

Die am meisten Verbreitetste ist die „Ökozid-Theorie“. Sie besagt, dass im Laufe der Jahre die begrenzten Ressourcen auf Rapa Nui aufgebraucht waren und folglich nicht mehr genug für alle vorhanden war. Viele sahen aber auch die Schuld bei den Europäern, die im 18. Jahrhundert auf die Insel kamen.

Durch eine Computersimulation von Professor Nils Stenseth von der Universität in Oslo (Norwegen), mit der normalerweise das Verhalten von Nagetierpopulationen berechnet wird, wurde jetzt gezeigt, dass mehr hinter dem Verschwinden der Ureinwohner steckt. Auch wenn das Modell nicht für Menschen gedacht ist, liefere es aufgrund der überschaubaren Größe der Bevölkerung, der Fläche der Osterinsel und der begrenzten Ressourcen interessante Ergebnisse, so der renommierte Biologe.

Stenseth und sein Osloer Team konnten zeigen, dass die Langzeitfolgen des Klimawandels und die Globalisierung Schuld für die Minimierung der Bevölkerung Rapa Nuis waren.

Zuerst hatten die Einheimischen mit einer kleinen Eiszeit zwischen 1450 und 1550 zu kämpfen. Zwischen 1772 und 1774 kamen dann die ersten europäischen Seefahrer auf die Osterinsel, die dann im Laufe des 19. Jahrhun-

derts Krankheiten mitbrachten und die Bevölkerung teilweise versklavten.

Aufgrund der geographischen Lage westlich von Chile hat die Erwärmung oder Abkühlung des Ozeans große Auswirkungen auf Rapa Nui. So hat eine Abkühlung des Ozeans weniger Regen zur Folge, was die Erträge der Landwirtschaft sinken lässt. Somit steht einem kleineren Teil der Bevölkerung genug Nahrung zur Verfügung.

Mauricio Lima, Professor an der Päpstlichen Katholischen Universität von Chile, zieht aus den Ergebnissen seiner norwegischen Kolleg*innen folgenden Schluss:

Die Ureinwohner Rapa Nuis haben auf einer kleinen Insel mit begrenzten Ressourcen gelebt.

Aber auch die Menschheit lebe auf einem kleinen Planeten mit begrenzten Ressourcen.

Viele Menschen legen ihren Fokus nur auf die Erwärmung der Atmosphäre. Jedoch werde viel zu wenig über die Probleme gesprochen, die eine stetig steigende Zahl von Menschen verursache.

(<https://www.express.co.uk/news/science/1331082/Easter-Island-mystery-solved-collapse-Rapa-Nui-stone-heads>)

HAWAI'I

Neue Algenart gefährdet Korallenriff

Wissenschaftler*innen der *University of Hawai'i* und andere Forscher*innen warnen in einer Studie vor einer neuen Algenart, die sich rasant an den nordwestlichen Hawai'i-Inseln ausbreitet und die Gesundheit der dort gelegenen Korallenriffe gefährdet. Die Rotalge *Chondria tumulosa* ist eine Alge mit dem Potenzial, ganze Riffe zu überwachsen und die Korallen zu töten, warnt die Biologin Heather L. Spalding, eine der Autorinnen der Studie. Diese wurde am 7. Juli in der Fachzeitschrift „PLOS One“ veröffentlicht. Es handelt sich hierbei um eine internationale Online-Fachzeitschrift der *Public Library*

of Science (PLOS).

Die Alge löst sich leicht von ihrem Untergrund und rollt dann über den Meeresboden, vergleichbar mit runden Sträuchern an Land, die vom Wind weitergetragen werden. Dabei kann die Alge den Korallen das dringend benötigte Licht, Nährstoffe und den Platz wegnehmen und sie so absterben lassen.

2016 entdeckten die Wissenschaftler*innen auf einer Routinekontrolle des 24 Quadratkilometer großen Pearl-und-Hermes-Atolls kleine Haufen einer bisher unbekannt Alge. Diese hatte bereits riesige Bereiche des Riffs eingenommen und sie mit einer 20 cm dicken Schicht bedeckt.

2019 kehrten die Forscher*innen zurück und stellten fest, dass *Chondria tumulosa* sich noch weiter ausgebreitet hatte und sich in unterschiedlichen Tiefen und Dichten befand.

Warum diese Algenart so schnell wächst und wie sie das abgelegene Atoll erreichen konnte, ist noch nicht geklärt. Die Autor*innen der Studie befürchten nun eine weitere Ausbreitung in Richtung der touristisch erschlossenen hawaiianischen Inseln. Eine Zerstörung der Korallenriffe etwa vor der Küste Waikikis wäre eine ökologische Katastrophe, hieß es.

Info: Das Pearl-und-Hermes-Atoll (hawaiisch: Holoikauaua) ist ein unbewohntes Atoll etwa 2.000 km von Honolulu entfernt. Es gehört zu den Nordwestlichen Hawai'i-Inseln. Das ovale Atoll ist etwa 29 km lang sowie 17 km breit und ist von einem im Südwesten offenen Riff umsäumt. Zum Atoll gehören sechs kleine, sandige und flache Inseln mit einer gesamten Landfläche von nur 0,36 km². Die nächsten Inseln sind das Atoll Midway im Westen und Lisianski im Südosten. Die Gesamtfläche des Atolls beträgt 320 km². Die Lagune ist bis zu 26 Meter tief. (*Die Welt, Redaktion Wissenschaft* 13.07.20, *Wikipedia*, <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0234358>)

Wirtschaftlicher Schaden durch Corona höher als erwartet

Dass der Schaden in dem durch Tourismus geprägten Hawai'i hoch ausfallen wird, war zu erwarten. Doch der monatliche Bericht Carl Bonhams von der *University of Hawaii - Economic Research Organization* (UHERO) fällt erschreckend schlecht aus.

Vorherige Berechnungen in der Zeit, als die erfassten Fälle auf Hawai'i bei null waren, gingen davon aus, dass der Tourismussektor im Sommer wiedereröffnen kann. Dann jedoch kam die Flut an Infizierten im Juli und August. Dadurch gingen der ganze Sommer und auch der September für diese Branche verloren.

In der Zeit mit wenigen Fällen konnten viele Unternehmen sogar wieder schwarze Zahlen schreiben. Dies habe bewiesen, dass Virus und Wirtschaftskraft gekoppelt seien, so Bonham.

Um Betroffenen zu helfen, wurde ein Finanzierungsprogramm gestartet, durch das Viele eine einmalige Zahlung in Höhe von 1.200 US-Dollar erhielten. Arbeitslosen standen außerdem 600 US-Dollar pro Woche zu. Allerdings waren die für das Programm vorgesehenen 1,3 Milliarden US-Dollar schon gegen Ende Juli aufgebraucht.

Allgemein ist die Kauflust der Hawaiianer*innen durch die Angst, sich mit dem Virus zu infizieren, stark geschrumpft. Viele verlassen ihr Haus meist nur, um wichtige Käufe zu tätigen. Selbst der steigende Absatz durch Online-Bestellungen kann diesem Trend nicht entgegenwirken.

Die UHERO beschloss nun, ihre Berichte nicht mehr zweimal, sondern viermal pro Monat zu veröffentlichen, um so ein zu starkes Hinterherhinken ihrer Analysen zu vermeiden. (Artikel von Jakob Holland.

<https://www.civilbeat.org/2020/09/economist-hawaiis-economic-fall-will-be-worse-than-predicted/>)

AOTEAROA

Matariki ab 2021 offizieller Feiertag?

Verschiedene politische Parteien haben sich anlässlich des diesjährigen Matariki-Festes am 22. Juni für die Einführung eines offiziellen Feiertages ab dem Jahr 2021 ausgesprochen. Die *Maori Party* sowie die *Kommission zur Erhaltung der Maorischen Sprache* (Maori Language Commission) setzen sich bereits seit über zehn Jahren für einen Matariki-Feiertag ein. Jetzt bekamen sie Unterstützung von den Grünen und den Republikanern. Auch die Labour-Partei unter dem Parteivorsitzenden Kelvin Davis schloss sich dem Wunsch nach einem offiziellen Feiertag an.

Bei einer aktuellen Umfrage auf der Internet-Plattform der neuseeländischen Nichtregierungsorganisation „*Action Station*“ unterstützten 63 Prozent den Vorschlag eines offiziellen Feiertages. Ende Juli reichte *Action Station* zusammen mit der politischen Organisation *New Zealand Republic* eine Petition mit 30.000 Unterschriften bei der Regierung ein. Die Unterschriften wurden jedoch nicht in Papierform, sondern auf einem USB-Stick an den Labour-Abgeordneten Paul Eagle überreicht. Die Übergabe fand dabei nicht wie sonst üblich am neuseeländischen Regierungssitz „Beehive“ statt, sondern in einem mit Maori-Schnitzereien verzierten Raum im Nationalmuseum in Wellington, dem *Te Papa Tonga-rewa*.

Info: Matariki ist in der Sprache der Māori die Bezeichnung für den Sternenhaufen der Plejaden („Siebengestirn“).

Die Stellung dieser Sternenkongstellation im Verlaufe des Jahres war in der polynesischen Māori-Kultur bedeutsam für die Festlegung der korrekten Termine von Aussaat und Pflanzung.

Wenn sich der Aufgang der Plejaden und Rigels am nächtlichen Himmel im späten Mai oder

frühen Juni kurz vor Sonnenaufgang ereignet, bedeutet dies in der Zeitrechnung der Māori, dass das alte Jahr endet und ein neues beginnt. Die dann stattfindenden Neujahrsfeiern variieren in ihrem genauen Datum gemäß den unterschiedlichen Gebräuchen der *Iwi*, den Gruppen der Māori. Einige *Iwi* feiern es sofort, andere warten bis zum nächsten Vollmond, wiederum andere begehen es erst zum folgenden Neumond. Es ist für verschiedene private wie öffentliche Institutionen in Neuseeland deshalb üblich geworden, während einer ganzen Woche oder gar eines vollen Monats irgendwann zwischen beginnendem Juni und spätem Juli Matariki zu feiern.

Die in Neuseeland lebende deutsche Journalistin und Buchautorin Anke Richter (z.B. Was scheren mich die Schafe, 2011) bezeichnet das Neujahrsfest Matariki nicht als „Böllerparty“, sondern als ein Fest zur Rückbesinnung auf indigene Traditionen und die Kultur der Maori.

(<https://taz.de/Neujahr-nach-dem-Maori-Kalender!/5699430/>, <https://actionstation.org.nz/>, SBS.com.au 21.07.20, Wikipedia)

Neuer Verteidigungsberater in Tonga

Zur Verstärkung der Außenbeziehungen zum Königreich Tonga wird die *New Zealand Defence Force* ab Ende dieses Jahres einen vor Ort ansässigen Verteidigungsberater nach Tonga entsenden.

Dieser soll von Tonga aus das neuseeländische Karriereprogramm „Pacific Leader Development Programme“ unterstützen sowie die Außenbeziehungen Neuseelands auch zu anderen pazifischen Inselstaaten stärken.

Die Sicherheit und das Wohlergehen der Neuseeländer*innen sei eng verknüpft mit der Sicherheit und Stabilität in Ozeanien, erklärte Verteidigungsminister Ron Mark. Bei Abschluss des Partnerschaftsabkommens mit

Tonga im letzten Jahr habe man bereits darüber nachgedacht, einen Verteidigungsberater (engl. resident Defence Advise) dauerhaft in Tonga anzusiedeln. Bisher war der neuseeländische Verteidigungsberater in Suva (Fidschi) auch für Tonga zuständig.

Der noch zu benennende Berater wird dann zu einem weltweiten Netzwerk an Verteidigungsberatern, Attachés und Botschaftern zählen, die über die neuseeländischen Verteidigungskräfte in der Welt ‚verteilt‘ wurden. Zuständig für Ozeanien sind neben dem tongaischen Berater auch die Berater in Fidschi und Papua-Neuguinea.

Strategisch gehören die drei Pazifik-Berater zum Programm „Pacific Reset 2018“, mit dem Neuseeland vor zwei Jahren eine Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen Neuseeland und seinen pazifischen Nachbarn auf den Weg gebracht hatte. Das Reset-Programme sieht deutlich mehr neuseeländische Investitionen in der Region vor und setzt auf engere partnerschaftliche Beziehungen zu den pazifischen Inseln. (NZ High Commission Tonga online, <https://www.beehive.govt.nz/release/new-zealand-increasing-defence-diplomatic-presence-pacific>, Loop Pacific 21.07.20)

Spatenstich für neue Botschaftskanzlei

Der samoanische Botschafter in Wellington, Leasi Papalō'i Scanlan, der Architekt Guy Cleverly (CCM Architects) und der Bauleiter Grant Taylor (Wilson Construction) haben am 13. Juli den ersten Spatenstich für das neue samoanische Botschaftsgebäude an der Adresse 5, Clermont Terrace (Wellington) gefeiert.

Das moderne dreistöckige Botschaftsgebäude mit einem unterirdischen Parkhaus soll nach 20 Monaten Bauzeit einzugsbereit sein. Es ersetzt die alte Botschaft, die über 80 Jahre alt ist und die durch zahlreiche Erdbeben zu

marode für eine Renovierung ist. Bis dahin leben und arbeiten der samoanische Botschafter und sein Team in einem Wohngebäude, das 2015 für die samoanische Delegation nahe der alten Botschaft errichtet worden war.

Die neue Botschaft soll mit ihrer luftigen Konstruktion auf Holzstelzen mit sehr viel Glas an die samoanische *fale*-Bauweise erinnern. (Talamua online 22.07.20)

† Sir Toke Talagi

Niue: Am 15. Juli starb im Alter von 69 Jahren in Alofi auf Niue der ehemalige Premierminister Toke Talagi. Der niueanische Politiker war 2002 als Finanzminister in die Nationalversammlung von Niue gewählt worden. Bei den Wahlen 2005 hatte er die gleiche Stimmzahl wie ein Mitbewerber und behielt seinen Sitz nur dank der zur Bestimmung des Siegers durchgeführten Auslosung. Am 19. Juni 2008 wurde er von der *Niue Assembly* mit 14:5 Stimmen bei einer Enthaltung in einer Abstimmung zum Premierminister gewählt, bei der auch der vorherige Amtsinhaber Young Vivian kandidiert hatte. Talagi verlor nach 12-jähriger Amtszeit seine Wiederwahl bei den diesjährigen Wahlen vom 10. Juni 2020 gegen Herausforderer Dalton Tagelagi.

In Talagis Amtszeit als Premierminister wurde Niue im November 2011 eines der Gründungsmitglieder der *Polynesian Leaders Group*, einer Regionalgruppe von polynesischen Staaten. Diese Gruppe hat die Kooperation zu einer Reihe von Themen wie Kultur und Sprache, Bildung, Klimawandel, Handel und Investitionen zum Ziel.

Talagi hatte in seiner aktiven Zeit als Politiker mehrere Ämter inne, u.a. war er Außenminister, Finanz- und Bildungsminister, Minister für internationale Beziehungen und Minister für die Koordinierung der Entwicklungshilfe. Da es auf Niue keine politischen Parteien gibt, war er parteilos.

Info: Toke Tufukia Talagi wurde am 9. Januar 1951 in Alofi auf Niue geboren. Er studierte Landwirtschaft an der neuseeländischen Massey Universität. Verheiratet war er mit Emeline Fiftalao Talagi. Zu seinen vielen Ehrenämtern gehörte auch die Präsidentschaft der *Niue Rugby Union*. 2017 war er für seine Verdienste zum Ritter des neuseeländischen *New Zealand Order of Merit* ernannt worden.

Seit Jahren kränklich, war er zwei Tage vor seinem Tod auf eigenen Wunsch aus dem *Auckland Hospital* (Neuseeland) zum Sterben in seine Heimat entlassen worden, wo er am 28. Juli in der Alofi Ekalesia Church ein Staatsbegrabnis erhielt.

Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern schrieb in ihrer Kondolenzbotschaft, Talagi werde *„remembered for his lifelong commitment to safeguarding Niue’s future security and prosperity“* (Zitat).

Die isoliert gelegene Koralleninsel Niue östlich von Tonga ist seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbunden und hat ca. 2.000 Bewohner*innen.

Anmerkung der Redaktion: Im November 2019 erschien Toke Talagis Autobiographie *„Niue Rising“*. Sie ist bei Amazon als Ausgabe für den Kindle oder als Taschenbuch erhältlich. (Radio NZ Intern. 15.07.20, Wikipedia, CIA World Factbook)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Entscheidung über geplanten illegalen Holzeinschlag zurückgezogen

Indonesien: Bereits Mitte Mai, noch bevor die neue Ministerialverordnung Nr. 15/2020 über Bestimmungen für den Export industrieller Forstprodukte in Kraft getreten wäre und damit die gesetzliche Verpflichtung, Holz für den Export durch ein Verifizierungszertifikat (V-legal) zu überprüfen, aufgehoben hätte, rückte die indonesische Regierung von dieser Entscheidung wieder ab. Neben der Kritik von Umweltorganisationen trug zu dieser Entscheidung auch die Aussicht bei, durch die neuen Regelungen vom lukrativen europäischen Markt ausgeschlossen zu werden.

Am 11. Mai erließ das indonesische Handelsministerium eine Verordnung, mit der es seine Entscheidung vom Februar 2020 aufhob, indonesische Holzfirmen nicht länger zur Einholung von Exportlizenzen zu verpflichten, die bescheinigen, dass das Holz aus legalen Quellen stammt. Diese frühere Entscheidung überraschte Umweltaktivisten*innen, das Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft und sogar Holzunternehmen.

Sulistyawati, der Direktor für den Export forstwirtschaftlicher Produkte im Handelsministerium, sagte, dass mit dem Widerruf der Exportprozess zum vorherigen System zurückkehren würde. Der Widerruf entspreche einem Antrag des Ministeriums für Umwelt und Forstwirtschaft.

Nach der umstrittenen Verordnung des Handelsministeriums vom Februar, die am 27. Mai in Kraft getreten wäre, hätten die Exporteure keine Lizenzen mehr einholen müssen, die belegen,

dass ihr Holz und die fertigen Holzprodukte aus legalen Quellen stammen. Die so genannten V-legalen ("verifizierten legalen") Lizenzen sind das Herzstück des indonesischen Systems zur Überprüfung der Legalität des Holzeinschlags (SVLK), für dessen Entwicklung und Umsetzung das Land ein Jahrzehnt brauchte, um den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen.

Die *Europäische Union* (EU), einer der Schlüsselmärkte für indonesisches Holz und fertige Holzprodukte, erkennt die SVLK als Grundlage für die Einfuhr von Holz aus Indonesien in ihren Markt an. Eine Abschaffung des Standards hätte die Exporte in die EU gefährdet, warnten Experten*innen. Aktivisten kritisierten den Schritt und sagten, er würde den Schwarzmarkt für illegal geschlagenes Holz öffnen.

Die Unternehmen befürchteten unterdessen, dass die Entscheidung hart erkämpfte Gewinne für den Ruf des indonesischen Holzes untergraben würde, das in der Vergangenheit stark mit illegalem Holzeinschlag in Verbindung gebracht wurde. (*Westpapua Netzwerk online 22.07.20*)

ICP veröffentlicht Sonderbericht

Westpapua: Die *Stiftung für Gerechtigkeit und Integrität des papuanischen Volkes* (YKKMP), das *Referat für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der papuanischen Tabernakelkirche* (JPIC Kingmi Papua) und das *Papuanische Institut für Menschenrechtsstudien und Advocacy* (ELSHAM Papua) haben in Zusammenarbeit mit der *International Coalition for Papua* (ICP) einen Sonderbericht über die Lage der Binnenvertriebenen in Westpapua veröffentlicht. Die Mehrheit der Binnenflüchtlinge lebt im Hochland von Westpapua und bleibt von grundlegenden Regierungsdiensten im Bereich der Gesundheitsversorgung und Bildung unberührt. Tausende von

Binnenvertriebenen sind gezwungen, unter heiklen Bedingungen in provisorischen, total überfüllten Unterkünften oder in Haushalten von Verwandten zu leben, was die rasche Verbreitung von COVID-19 in den Provinzen Papua und Papua Barat begünstigt.

Aus den Landkreisen Mimika, Intan Jaya, Puncak, Lanny Jaya und Nduga wurden zwischen 2019 und April 2020 zahlreiche Fälle von Binnenvertriebung aufgrund von Einsätzen der Sicherheitskräfte in Westpapua gemeldet. Diese Einsätze gegen die *Nationale Befreiungsarmee Westpapas* (TPN PB) begannen am 4. Dezember 2018 in Nduga als Reaktion auf die Ermordung von 19 indonesischen Bauarbeitern und führten zu weiteren bewaffneten Zusammenstößen. Die von der ICP gesammelten Daten zeigen, dass zwischen 2019 und April 2020 mehr als 41.851 indigene Papuas aus diesen fünf Landkreisen vertrieben wurden.

Im Jahr 2019 starben Berichten zufolge 214 dieser Papuas an den Folgen von Krankheit, Unterernährung, Erschöpfung und Unterkühlung.

Der Ausbruch von COVID-19 in dieser Region hat die humanitäre Krise weiter verschärft. Es wird erwartet, dass die Behörden in Westpapua die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit noch stärker einschränken werden. Es ist wahrscheinlich, dass die Krankenhäuser, die bereits weit hinter den nationalen Versorgungsstandards zurückbleiben, und das medizinische Personal nicht in der Lage sein werden, die steigende Zahl der Corona-Patienten zu bewältigen.

Hier geht es zum kostenlosen download des Sonderberichtes [„The Humanitarian Crisis in Westpapua: Internal conflict, the displacement of people, and the coronavirus pandemic“](https://www.humanrightspapua.org/images/docs/HumanitarianCrisisWestPapua_IDPCovid_July2020.pdf).

https://www.humanrightspapua.org/images/docs/HumanitarianCrisisWestPapua_IDPCovid_July2020.pdf
(*Westpapua Netzwerk online 30.07.20*)

Wahrheits- und Versöhnungskommission gefordert

Westpapua: Experten*innen haben erneut die Einrichtung eines unabhängigen Untersuchungs- und Versöhnungsgremiums (*Truth and Reconciliation Commission*) gefordert, als Teil einer längst überfälligen Anstrengung zur Aufklärung vergangener Menschenrechtsverletzungen in Westpapua.

Beka Ulung Hapsara, ein Beauftragter der Nationalen Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*), betonte die Dringlichkeit der Initiative, indem er den indonesischen Präsidenten Joko Widodo aufforderte, vergangene Menschenrechtsverletzungen in Westpapua durch eine Wahrheits- und Versöhnungskommission gemäß Artikel 47 des Gesetzes über Menschenrechtsgerichte aus dem Jahr 2000 aufzuklären. Er fügte hinzu, dass *Komnas HAM* der indonesischen Regierung bereits im Jahr 2018 die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission empfohlen habe. Beka sagte, es sei auch entscheidend, dass die Zentralregierung einen Reparationsmechanismus in Erwägung ziehe, der Papuas entschädigen solle, die von früheren Menschenrechtsverletzungen betroffen waren.

Die Direktorin der *Demokratischen Allianz für Papua*, Latifah Anum Siregar, schloss sich Bekas Meinung an und erklärte, dass eine Wahrheits- und Versöhnungskommission und ein Menschenrechtsgerichtshof für die Bemühungen um die Beseitigung der Straflosigkeit von entscheidender Bedeutung seien, damit alle Opfer früherer Menschenrechtsverletzungen Gerechtigkeit erfahren könnten. „*Es gibt immer noch ein großes Stigma gegen Papua. Folglich sind alle öffentlichen Bewegungen in der Region mit Separatismus in einen Topf geworfen worden*“, ergänzte sie während einer Veranstaltung.

Gabriel Lele, ein Forscher der *Papua-Task Force der Gadjah-Mada-Universität*, sagte, dass alle Versöhnungsversuche nicht vor Gerichtsverfahren Halt machen sollten. Er drängte die Regierung, einen konsequenten Dialog mit den Opfern von Menschenrechtsverletzungen zu führen. Ein solches Engagement sei für eine kollektive Genesung unerlässlich, da Versöhnung ein psychosozialer Prozess sei, meinte er.

(*The Jakarta Post* 21.07.20, <https://islambergerak.com/2020/07/press-release-papuan-council-of-churches-wpcc/>, *Westpapua Netzwerk online* 24.07.20)

33 Opfer von außergerichtlichen Tötungen in 2019

Westpapua: Die *International Coalition für Papua* (ICP) hat die außergerichtlichen Tötungen von 33 zivilen Opfern durch Angehörige der Sicherheitskräfte im Laufe des Jahres 2019 dokumentiert, die - von einem Einzelfall abgesehen - ethnische Papuas waren. Dieser Befund ist bezeichnend für die anhaltende staatliche Gewalt, die Verletzungen des Rechts auf Leben und die anhaltende Rassendiskriminierung, mit der die indigenen Papuas in Indonesien konfrontiert sind.

Menschenrechtsaktivisten fordern die indonesischen Behörden auf, unverzüglich unabhängige, unparteiische und wirksame Untersuchungen dieser Fälle durchzuführen. Alle Täter sollten durch faire und transparente Verfahren vor Zivilgerichte gebracht werden, wie es in internationalen Menschenrechtsverträgen vorgesehen ist.

Die vom ICP vorgelegte und auf dessen Homepage veröffentlichte Namensliste enthält nicht die Opfer der außergerichtlichen Tötungen während der gewaltsamen Auflösung eines Protests gegen Rassismus und des anschließenden Ausbruchs ethnischer Gewalt in der Stadt Wamena, Landkreis Jayawijaya, am 23. September 2019. Die Ermittlungen in diesem Fall sind noch nicht abgeschlossen. Nach Angaben der Polizei

wurden während des Aufstandes 33 Personen getötet (25 Nicht-Papuas und 8 Papuas). Nicht-Regierungsquellen behaupteten, dass die Unruhen 41 Menschen das Leben kosteten - sechzehn Opfer waren ethnische Papuas.

Die Daten zeigen, dass die Mehrheit von ihnen an den Folgen von Schussverletzungen starb, was auf eine hohe Wahrscheinlichkeit außergerichtlicher Tötungen durch Angehörige der Sicherheitskräfte während der Niederschlagung hinweist.

(<https://humanrightspapua.org/news/32-2020/609-33-extra-judicial-killings-in-west-papua-2019>, Übersetzung *Westpapua Netzwerk* 08.07.20)

Regierung entsendet Truppen ins Hochland

Westpapua: Die indonesische Regierung hat 500 zusätzliche Soldaten der Einheit *Yonif Raider 432 Waspada Setiajaya* nach Westpapua entsandt. Den nationalen Medien zufolge sollen die Truppen den lokalen Regierungen bei der Stabilisierung der Lage und der Sicherung der Infrastruktur sowie bei anderen Entwicklungsprojekten im zentralen Hochland Westpapas helfen, das als Hochburg der *Nationalen Befreiungsarmee Westpapas* (TPN PB) bekannt ist. Inzwischen sind die Truppen in Jayapura eingetroffen, von wo aus sie zu 20 militärischen Außenposten in den Landkreisen Yalimo, Yahukimo, Nduga, Mamberamo, Lanny Jaya und Tolikara geflogen werden. Die Truppen sollen zwischen neun und zwölf Monaten in Westpapua bleiben.

Menschenrechtsbeobachter befürchten, dass die Stationierung der Truppen, deren Mitglieder mit den Sitten und der Kultur der indigenen Papuas nicht vertraut sind, unweigerlich zu einer wachsenden Zahl von Menschenrechtsverletzungen im zentralen Hochland führen wird. Viele indigene Papuas im zentralen Hochland wurden intern vertrieben oder sind Opfer von Folter, gewalt-

samen Verschwindenlassen oder außergerichtlichen Tötungen während der Einsätze der Sicherheitskräfte geworden.

Die Verstärkung des Militärs mit Personal im zentralen Hochland ist Teil der Strategie der Regierung, militärische Stärke zu demonstrieren.

Die Konfliktsituation in den verschiedenen Landkreisen im Hochland hat sich in den letzten Wochen verschärft. Am 5. September 2020 griffen Mitglieder von TPN PB einen Militärposten auf dem neuen Markt in Kenyam im Landkreis Nduga an. TPN PB behauptet, dass acht Militärangehörige bei dem Angriff getötet wurden. Zeugen in Kenyam bestätigten den Angriff, während Vertreter des Militärs den Vorfall dementierten. Ein zweiter bewaffneter Angriff auf einen Militärposten fand am 14. September 2020 im Dorf Mamba im Landkreis Intan Jaya statt. Wie der Nachrichtensender *Suara Papua* berichtet, sollen bei den bewaffneten Zusammenstößen drei Militärangehörige getötet worden sein. Andere Quellen berichteten, dass zwei Migranten - beides Zivilisten - bei den Zusammenstößen verletzt wurden.

(<https://www.westpapuanetz.de/> 16.09.20)

AUSTRALIEN

Neuer Nationalpark geplant

Die Nationalparkbehörde des australischen Bundesstaates New South Wales (NSW) hat das Farmgelände der „Narriearra Station“ im äußersten Nordwesten des Bundesstaates gekauft. Mit 153.415 Hektar Fläche ist es der größte Ankauf, den die Behörde jemals von einem Privatmann getätigt hat. Das Gelände der Farm war seit 1919 im Besitz der Familie O'Connor. Der 84-jährige derzeitige Besitzer Bill O'Connor erklärte, das Leben auf der Farm sei immer schon hart gewesen. Das Gelände umfasst trockenes

Niemandsland, aber auch wertvolle Feuchtgebiete, an denen sich jährlich zigtausende Zugvögel sammeln. Es beherbergt gut 25 bedrohte Arten, darunter den *Grauen Grashalmvogel*, und ist auch Heimat sehr alter Kulturstätten der Aborigines. An der nördlichen Grenze des Farmgeländes verläuft der „Dingo Fence“- der Schutzzaun gegen wild streunenden Hunde.

Zusammen mit dem nahe gelegenen *Sturt National Park* möchte die bundesstaatliche *NSW National Parks* das Farmgelände zu einem Naturschutzgebiet umwandeln, das dann etwa eine halbe Million Hektar groß wäre.

Der Kauf des Landes und die zukünftige Umwidmung zum Nationalpark soll auch den Tourismus im Outback fördern. Es soll gezielt Werbung für Vogelbeobachtungstouren im Feuchtgebiet des Bulloo River gemacht werden.

NSW National Parks hat bereits Kontakt zu den vor Ort lebenden Aborigines der Gruppe der Ti-booburra aufgenommen. Der Rat für Landangelegenheiten der Ti-booburra soll bei der Namensgebung für den neuen Nationalpark beteiligt werden. Eine Sprecherin der Aborigines begrüßte den Erwerb des Farmgeländes durch die Nationalparkbehörde.

Info: Die Entdecker Burke und Wills hatten die Region rund um die heutige Narriearra Station im Jahr 1860 durchquert. Ihre Expedition war eine in den Jahren 1860 und 1861 im Auftrag der Regierung Victorias durchgeführte Expedition, bei der Australien westlich des 143. Längengrades von Süden nach Norden durchquert wurde. Sie führte von der Stadt Melbourne zum etwa 3.250 Kilometer entfernten Golf von Carpentaria und stand unter der Leitung von Robert O'Hara Burke und William John Wills. Sieben Teilnehmer starben während der Expedition, Burke und Wills kamen auf der Rückreise ums Leben. Im Nationalpark soll mit einem Hinweisschild an die Expedi-

tion erinnert werden.

(<https://www.abc.net.au/news/2020-06-27/narriearra-station-sold-to-become-national-park-in-nsw/12400344>, Wikipedia)

Museum of Underwater Art eröffnet

Zum 1. August hat nahe der Stadt Townsville (Bundesstaat Queensland) das *Museum of Underwater Art* (MOUA) eröffnet, ein nicht-staatliches Unterwasser-Museum am geschützten *John Brewer Riff* vor der australischen Nordostküste, rund 80 Kilometer vor Townsville.

Die 20 Riff-Skulpturen mit dem Titel „Reef Guardians“ (Riff-Wächter) sowie weitere Kunstwerke wurden auf dem sandigen Meeresboden in einer Tiefe zwischen zehn und 18 Metern installiert und sind nur Tauchern und Schnorchlern zugänglich. Insgesamt vier Jahre hat es von der ersten Idee bis zur Verwirklichung des Museums vor Townsville gedauert.

Die Kunstwerke namens „Coral Greenhouse“ sind aus rostfreiem Edelstahl, speziellem Zement und ph-neutralen Materialien angefertigt worden. Verantwortlich für die Kunstobjekte zeichnet der 46-jährige Brite Jason deCaires Taylor, er ist einer der weltweit führenden Unterwasser-Bildhauer.

Das MOUA setzt sich auch für den Schutz des *Great Barrier Reef* ein. Zusammen mit Biologen und anderen Wissenschaftlern will man das Museum zu einem „Marine Science and Research Hub“ ausbauen. Dazu arbeitet das Museum mit der *James Cook University*, dem *Australian Institute of Marine Science* and der Nationalparkbehörde des Great Barrier Reef zusammen.

Die Unterwasser-Kunstwerke sollen Fischen als Lebensraum dienen und das Wachstum des dort noch recht intakten Korallenriffs fördern.

Künstler deCaries Taylor möchte mit seinen „Riff-Wächtern“ Kunst, Tourismus und Meereswissenschaften vereinbaren.

Die Konzeption und der Aufbau des Museums erfolgten in enger Abstimmung und mit Zustimmung der lokal ansässigen Aborigine-Bevölkerung.

Besichtigt werden kann die Unterwasser-Ausstellung nur nach Voranmeldung mit einem Tour-Anbieter. Die Katamaran-Fahrt zur Ausstellung dauert etwa zwei Stunden, vor Ort hat man dann vier Stunden Zeit für Tauch- und Schnorchelgänge.

In den kommenden Jahren sollen in der Region um Townsville weitere Unterwasser-Skulpturen folgen. Das MOUA plant, die Kunstwerke vor *Palm Island* und vor *Magnetic Island* zu installieren. Die Regierung von Queensland hat das Projekt bisher mit umgerechnet 1,3 Millionen Euro unterstützt.

Info: Der Unterwasser-Bildhauer deCaries Taylor hat weitere Unterwasserobjekte installiert, u.a. auf den Bahamas und in Cancún (Mexiko). Vor der Küste der spanischen Kanareninsel Lanzarote kann seit Februar 2016 das *Museo Atlantico* in 14 m Tiefe besichtigt werden.

(<https://www.moua.com.au/>, *Australian Newsletter online 29.07.20*)

Offener Brief zur Rettung des Tourismus

Mit dem Ende August 2020 veröffentlichten offenen Brief „*Save Aussie Tourism*“ an die Regierungen der Bundesstaaten sendet die australische Tourismusindustrie deutliche Alarmsignale zur dramatischen Situation ihrer Branche. Es gehe um nichts weniger als die Rettung des Tourismus in Australien. Der Brief ist als Petition angelegt und die lange Liste der Unterzeichner liest sich wie ein "Who is Who" der australischen Tourismusindustrie.

Die Initiatoren*innen des offenen Briefes, darunter als Verantwortlicher Craig Bradbery von der *Baillie Lodges*, erheben zahlreiche Forderungen wie eine kontrollierte Öffnung der Grenzen zwischen den australischen Bundesstaaten. Man befürchtet, dass Reisen innerhalb Australiens auch in der ersten Hälfte des nächsten Jahres teilweise nicht möglich sein könnten. Bislang gilt das Programm zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Tourismusindustrie („JobKeeper“) bis Ende März 2021. Die Autoren und Unterzeichner des offenen Briefes fürchten um die Arbeitsplätze der rund 660.000 Angestellten im Tourismussektor.

Die Autoren*innen fordern Gewissheit, dass Reisen im Inland möglich seien, damit die Australier*innen wieder Reisepläne erstellen und Mitarbeitende und Unternehmen der Branche wieder arbeiten können. Die Politiker*innen werden aufgefordert, keine Ankündigungen zu machen, die dieses Vertrauen untergraben. Es sollen keine öffentlichen Gelder mehr für Grenzschließungen ausgegeben werden. Außerdem wird dazu aufgefordert, schnell und kooperativ mit den Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, um Screening-Protokolle für Reisende zu installieren und Lösungen zu implementieren, mit denen zwischenstaatliche Reisen auf sichere und nachhaltige Weise wiederaufgenommen werden können.

Craig Bradbery wird in dem offenen Brief wie folgt zitiert: *„Now's the time to plan positively, to support employment and businesses in each state and across the country, and to ensure that Australia retains its diverse and incredible tourism offering for when international travel resumes.“*

Nach unbestätigten Angaben will die staatliche australische Fluggesellschaft *Qantas* erst ab Juni 2021 ihre internationalen Flüge auch nach Europa wiederaufnehmen. Der australische Gesundheitsminister Greg Hunt sagte in einer

auf seiner Website abrufbaren Erklärung am 3. September, die Ein- und Ausreiseperrre für Reisen zu touristischen Zwecken im Zuge der *„Notfallperiode für die menschliche Biosicherheit“* (human biosecurity emergency period) werde bis mindestens zum 17. Dezember 2020 verlängert.

(*Australien Info Newsletter 10.09.20*, <https://saveaustralian tourism.com/wp-content/themes/sat/assets/Tourism-Industry-Calls-for-Action-on-Borders-in-Open-Letter-to-State-Premiers.pdf>, <https://www.health.gov.au/ministers/the-hon-greg-hunt-mp/media/human-biosecurity-emergency-period-extended-by-three-months>)

Keine Quarantäne für Urlauber*innen

Norfolkinsel: Auf der Norfolkinsel sind rund 80 % der Bevölkerung im Tourismussektor beschäftigt.

Um dem Einbruch durch die Corona-Pandemie entgegenzuwirken, ist die kleine Insel östlich von Australien nun für die Bewohner*innen des australischen Bundesstaates Queensland ein quarantänefreies Reiseziel.

Eric Hutchinson, seit 2017 Administrator der Norfolkinsel, erklärte am 14. September, dass dies auch für Bewohner*innen der Norfolkinsel gelte, die Urlaub in Queensland machen. Sie müssten in Queensland ebenfalls nicht in Quarantäne.

Regionen, die durch die Behörden Queensland als Risikogebiete deklariert wurden, sind von diesem Beschluss allerdings ausgenommen.

Die Fluggesellschaft *Air New Zealand* hat jedoch keine Erwartungen auf erhöhte Tourismusströme zwischen Australien und Norfolk. Seit März dieses Jahres fliegen von den sechs Flugzeugen pro Woche nur noch zwei. Dies soll auch bis März 2021 noch so weitergeführt werden.

(Artikel von FSJler Jakob Holland, <https://www.rnz.co.nz/international/programmes/datelinepacific/audio/2018764128/norfolk-island-hopes-for-return-of-regular-flights> <https://www.abc.net.au/news/2020-09-14/norfolk-island-overseas-holidays-for-queenslanders-coronavirus/12660502>)

SPORT

[Alle Artikel in der Rubrik sind von Jakob Holland, FSJ'ler bei Mission Eine-Welt und in der Pazifik-Infostelle.]

Umbau Yarrow-Stadion

Neuseeland: Bis Ende 2020 soll mit dem Umbau des Yarrow-Stadions in der Stadt New Plymouth (Neuseeland) begonnen werden.

Das bereits 1931 erbaute Stadion ist Sportstätte verschiedener Rugby-, Kricket- und Fußballvereine. 2015 war es die Austragungsstätte für sechs Spiele der U-20 Fußball-Weltmeisterschaft, in der Neuseeland im Achtelfinale ausschied.

Nun bestätigte Premierministerin Jacinda Ardern, dass für 20 Millionen NZ-\$ (~11 Millionen Euro) die Erdbebensicherheit des Stadions neuesten Standards angepasst wird und außerdem 150 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Den Verantwortlichen stehen für dieses Bauprojekt durch einen staatlichen Zuschuss nun etwa 50 Mio. NZ-Dollar (~28,3 Mio. €) zur Verfügung.

Gleichzeitig entsteht in New Plymouth ein ganz neues Multifunktions-Stadion. „Mit dieser Anlage wollen wir etwa 15.000 Sportbegeisterten pro Woche einen Ort geben, an dem sie ihrem Hobby nachgehen können“, so der Geschäftsführer von Sport Taranaki, Michael Carr.

Für insgesamt 91 Millionen NZ-Dollar sollen unter anderem eine Turnhalle, Tennisplätze, je ein Hockey- und Fußballplatz mit Kunstrasen und eine vielseitig nutzbare Grünfläche entstehen.

Der Mangel an Sportstätten zeigt sich vor allem bei der neu gegründeten *New Plymouth Basketball Association*. Diese benötige 87 Prozent mehr Spielfläche, als ihr derzeit zur Verfügung steht. Durch die neue Turnhalle

solle dieser Situation entgegenwirken werden, so Carr. Anfang 2021 sollen der Öffentlichkeit die endgültigen Pläne präsentiert werden.

(<https://www.rnz.co.nz/news/national/421836/yarrow-stadium-upgrade-gets-20m-in-government-infrastructure-spend>;
<https://www.rnz.co.nz/news/national/425361/91m-sports-hub-could-complement-yarrow-stadium-upgrade-sport-taranaki>;
<https://www.rnz.co.nz/news/national/409625/multi-sports-hub-recommended-for-new-plymouth-raceway>)

Queenstown als „Quarantänestadt“

Neuseeland: Die Stadt Queenstown liegt auf der Südninsel Neuseelands. Die meisten Einwohner dort leben vom Tourismus. Vom Bob's Peak hat man einen guten Ausblick auf die Stadt und den Lake Wakatipu. Aufgrund der COVID-19-Pandemie kam der Bürgermeister Jim Boulton auf eine besondere Idee: Statt für Touristen*innen könne man die Hotelbetten als Quarantänestationen für Sportler*innen benutzen. „Die Idee hatte ich bereits im Juli. Jetzt sind die Verhandlungen mit den Rugby-Meisterschaften am weitesten fortgeschritten,“ berichtete er.

Für die Gesundheit der Bürger*innen bestehe keine gesundheitliche Gefahr, da genug Kapazitäten im Gesundheitssystem vorhanden seien, so Boulton.

(<https://www.rnz.co.nz/news/national/425540/queenstown-keen-on-becoming-quarantine-location-for-overseas-sports-teams>)

Trainer der New Zealand Warriors beschwert sich über Schiedsrichter

Australien: Der Australier Todd Payten, Trainer der einzigen nicht-australischen Mannschaft, der *New Zealand Warriors*, in der *National Rugby League* fühlt sich von den Unparteiischen unfair behandelt. Durch eine Fehlentscheidung wurde im letzten Spiel dem Samoaner Tevaga in der 17. Minute die gelbe Karte gezeigt. Im Rugby hat diese zur Folge, dass sich der Spieler zehn Minu-

ten auf die „Sin Bin“ setzen muss. Erst danach darf er wieder mitspielen. In dieser Zeit erzielte die gegnerische Mannschaft, die *Parramatta Eels*, vier Punkte. Das Spiel verloren die *Warriors* mit 18 zu 24.

Auch Graham Annesley, Leiter der Liga, sah die Entscheidung des Schiedsrichters als falsch an, nachdem Payten ihn scharf kritisiert hatte. Dieser verglich die Einstellung eines Unparteiischen mit der eines Spielers. Wenn dieser einen Fehler mache, stellt er ihn auch nicht mehr auf den Platz. Genau so solle es Annesley mit den Referees auch machen.

Mit fünf Siegen aus den letzten Spielen landeten die *New Zealand Warriors* am Ende des 17. Spieltages auf Platz zehn in der Tabelle. Damit stehen sie nun drei Plätze besser da als in der letzten Saison, aus der sie mit 14 Niederlagen und einer Punktedifferenz von -141 gingen. Da sich diese Negativbilanz fortzusetzen drohte, wurde ab dem 20. Juni diesen Jahres Todd Payten als Übergangstrainer eingestellt. 2021 wird er dann von Nathan Brown abgelöst.

(<https://www.rnz.co.nz/news/sport/425653/warriors-coach-wants-better-treatment-from-referees>
<https://www.nrl.com>)

FIFA erfreut über Frauen-Fußballbegeisterung im Pazifikraum

Australien/Neuseeland: 2023 wird eine besondere Frauen-Weltmeisterschaft (WM) stattfinden. Gianni Infantino, Präsident der FIFA, beantragte eine Vergrößerung des Turniers auf 32 Mannschaften und eine Verdoppelung des Preisgelds. Außerdem ist das in Australien und Neuseeland ausgetragene internationale Fußballturnier die erste Frauenweltmeisterschaft im Pazifikraum.

Bisher war der Frauenfußball nur in Melanesien präsent. Papua-Neuguinea war bisher die dominierende Nation in der Region.

Bis sie von den Fidschi-Inseln vom zweiten Platz hinter den stets dominierenden Neuseeländerinnen gestoßen wurden.

Durch die WM entstehen aber auch in Polynesien immer mehr Frauenfußballclubs. „Jetzt haben acht der elf Mitgliedsverbände eine Beauftragte für den Frauenfußball. Anfang des Jahres waren es nur vier“, verkündete Emma Evans stolz.

Dies mag auch daran liegen, dass die unterschiedlichen Staaten verschiedenste Bemühungen zum Thema Frauenfußball unternehmen. In Samoa gibt es für beide Inseln Entwicklungsbeauftragte, in Tahiti gibt es sogar einen Beach-Soccer-Wettbewerb für Frauen. Und auf den Salomon-Inseln entstand vor kurzem eine eigene Frauen-Liga.

(<https://www.fifa.com/who-we-are/news/green-shoots-sprout-in-the-pacific-ahead-of-2023>)

Damen-Nationalmannschaft gegründet

Salomonen: In Vorbereitung auf die *Pacific Games 2023* hat die *Solomon Islands Football Federation* eine Damenfußballmannschaft gegründet. Die Spielerinnen sollen bei den Pazifikspielen in zwei Jahren als erste Damen-Nationalmannschaft für die Salomonen antreten. Koordinatorin Antoinette Miniti erklärte, in den letzten Jahren habe man die Förderung des Frauenfußballs stark vernachlässigt, deshalb gebe es bisher auch keine Frauen-Liga auf den Salomonen.

Die in zwei Jahren auf den Salomonen ausgetragenen Pazifikspiele seien aber ein guter Anreiz, sich im Frauenfußball neu aufzustellen und eine Mannschaft zu formen. Bisher habe es vor allem keine Jugendförderung für Mädchen gegeben. Im Alter von 16 oder 17 Jahren hätten Mädchen oft keine Lust mehr, mit dem Fußball anzufangen. Deshalb müsse der Ligenfußball schon in ganz jungen Jahren beginnen, meinte Miniti.

Man habe bei einem Vor-Turnier Anfang Juli nach den Corona-Lockerungen Anmeldungen von über 100 Mädchen und Frauen in 12 Mannschaften gehabt. Dies sei ein gutes Zeichen für ein wiedererwachtes Interesse am Frauenfußball auf den Salomonen.

Zum 15. August sollen die Spielerinnen für die Damennationalmannschaft benannt sein und mit dem Training beginnen, hieß es weiter. (Artikel von Julia Ratzmann. Pressemitteilung *Solomon Islands Football Federation* 20.07.20)

„TOK BILONG PASIFIK“

Kinderbuch veröffentlicht

Pazifik: Um Schulkinder der Klassen 7 bis 13 für den Schutz der Menschenrechte und für soziale Gerechtigkeit zu sensibilisieren, hat die *Pacific Partnership to end violence against women and girls* eine Anthologie von Gedichten und Bildern aus dem Pazifik veröffentlicht. Das Buch mit dem Titel „Rising Tide: A collection of Pacific poems about human rights and social justice“ ist auch digital erhältlich. Verantwortlicher Herausgeber ist der fidschianische Lehrer und Wissenschaftler Dr. Francis Mangubhai.

Zur Einführung des Buches sprach auch eine Vertreterin der Europäischen Union, die an der Finanzierung beteiligt war. Galia Agisheva von der Abteilung für Politik, Handel und Information bei der EU, erklärte, die Sammlung pazifischer Gedichte sei für die junge Generation eine Inspirationsquelle. Gerade die jungen Menschen seien die „rising tide“ (dt. „die Flut“), die einen Bewusstseinswandel in Bezug auf Gewalt gegen Frauen hervorrufen könnten. Der sei nötig, denn Zwei Drittel aller pazifischen Frauen geben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO an, mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt erfahren zu haben.

Miles Young vom Mitherausgeber *Pacific Community Regional Rights Resource Team* sagte, die in der Anthologie von pazifischen Autor*innen verfassten Gedichte stellten eine Herausforderung an alle Lesenden dar, sich mit Geschlechterungerechtigkeit, Gewalt gegen Frauen und Diskriminierung zu beschäftigen. Über den kreativen Zugang zu diesen schwierigen Themenfeldern gelänge es Schulkindern hoffentlich, zu einem gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Sicherheit und Gerechtigkeit im Pazifik beizutragen, wünschte sich Young.

Hier geht es zur Anthologie: <https://rrrt.spc.int>
(Pressemitteilung *Pacific Partnership* 27.08.20)

Gesunde Kantinenkost

Nauru: Ende August wurden in Nauru die *„School Food Guidelines“* veröffentlicht. Anlässlich der neuen Richtlinien für die Verpflegung von Schüler*innen in Schulkantinen fand ein zweitägiger Workshop für alle Catering-Unternehmen auf der Insel statt. Organisiert hatte die Veranstaltung das Ministerium für Bildung und Gesundheit, deren jeweilige Minister auch zur Eröffnung des Trainings anwesend waren.

Am ersten Workshoptag ging es um gesunde Ernährung in Kantinen. Es wurden Speisepläne aufgestellt und es gab Kochdemonstrationen unter Leitung von Vertretern der Weltgesundheitsorganisation und der Welternährungsorganisation FAO.

Am zweiten Tag ging es um die Hygiene in der Küche und am Kantinentisch, um die Sicherheit in der Küche sowie um eine Wiederholung der Inhalte des bereits seit 2005 geltenden *„Food Safety Act“*.

Die Teilnehmenden des Workshops waren sich darin einig, dass gesunde Ernährung in den Mittagspausen wesentlich zu einem guten Lern- und Arbeitsklima

in den Schulen beiträgt. (Nauru Bulletin Nr. 15-2020/219, 26.08.20)

Verwilderte Katzen sind Plage

Hawai'i: Das *Department of Land and Natural Resources* beklagt eine Plage verwilderter Katzen auf den Hawai'i-Inseln. Anlass für die ausführliche Berichterstattung in den amerikanischen Medien über die Katzenplage war eine frei laufende Katze, die im Nationalpark Hono o Na Pali auf der Insel Kaua'i Anfang September gleich neun Küken des vom Aussterben bedrohten *Hawaiianischen Sturmvogels* ('u'au) gerissen hat. Ein Drittel der weltweit noch lebenden Sturmvögel kommt auf den Hawai'i-Inseln vor.

Nach Angaben der US-amerikanischen Naturschutzbehörde stromern zwei Millionen verwilderte Katzen über die Inseln, davon allein eine Million auf der Insel Big Island. Nach Angaben des *Hawaiian Invasive Species Council* ist die Katze das gefährlichste eingeschleppte Säugetier auf den Inseln, da es die endemischen Vogelarten akut bedroht, weil die wilden Katzen sowohl Jungvögel als auch ausgewachsene Vögel töten können.

Um der Katzenplage Herr zu werden, hat die Naturschutzbehörde eine „Adoptions-Kampagne“ gestartet. Wilde Katzen werden eingefangen und sterilisiert und dann an Menschen verschenkt, die sie domestizieren sollen.

(<https://www.miamiherald.com/news/national/world/national/article245354315.html>)

Stand der Pressefreiheit

Westpapua: Die Ergebnisse einer Untersuchung der Pressefreiheit in 34 Provinzen in ganz Indonesien wurden im indonesischen Pressefreiheitsindex 2020 veröffentlicht. Die Umfrage vermittelt ein Bild des Zustands der Pressefreiheit für den Zeitraum Januar 2019 bis Dezember 2019. Die

Untersuchung wurde in 34 Provinzen durchgeführt, an denen neun Experten*innen in jeder Provinz beteiligt waren. Inzwischen setzen sich die neun Experten*innen aus drei Leitern von aktiven Journalistenorganisationen, zwei Chefredakteuren von Medienunternehmen, zwei Personen aus der Regierung und zwei Personen aus der Öffentlichkeit zusammen.

Im Allgemeinen zeigten die Umfrageergebnisse eine Verbesserung um 1,56 Punkte im Vergleich mit 2019. Auf nationaler Ebene lag der Pressefreiheitsindex 2020 bei 75,27 und ist der Kategorie "ausreichend frei" zuzuordnen.

„Der Trend im Pressefreiheitsindex hat eine Verschiebung von der Kategorie 'ziemlich frei' zwischen 2016 und 2018 zu "ausreichend frei" in den Jahren 2019 bis 2020 ergeben“, sagte der dem Presserat organisatorisch Vorsitzende Asep Setiawan während einer virtuellen Pressekonferenz am 11. September.

Der Pressefreiheitsindex 2020 lag auf Provinzebene zwischen 70,42 und 84,50 %. Die Provinzen mit dem niedrigsten Index für Pressefreiheit waren Jakarta (72,63 %), Papua Barat (71,06 %) und Papua (70,42 %).

Laut Setiawan wurde dies weitgehend von der politischen Dynamik beeinflusst, die 2019 auftrat. „In der Provinz Jakarta gab es Fälle von Gewalt gegen Journalisten und in Papua gab es Beschränkungen des Internetzugangs“, sagte er.

(<https://www.westpapuanetz.de/aktuelles/1665-pressefreiheit-in-westpapua-am-niedrigsten-in-indonesien>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Artikel in dieser Rubrik von Nazreat Elyas, Mitarbeitende im Referat PPO bei Mission EineWelt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Internationaler Tag soll Bewusstsein stärken

Während Gewalt gegenüber Frauen in Papua-Neuguinea schon vor einiger Zeit den Weg in die Gesellschaft und die nationale Agenda gefunden hat, ist ein mindestens genauso sensibles Thema in den vergangenen Wochen in den Hintergrund gerückt. Die Gewaltausübung gegenüber Frauen, welche der Hexerei bezichtigt werden.

Der 10. August ist nun erstmals zum *Ersten Internationalen Anti-SAV Tag* (SAV – Sorcery Accusation Violence) erklärt worden und die Hoffnung der Organisator*innen der Kampagne „A voice for the voiceless“ ist groß, dass das Thema es zurück auf die nationale Agenda in Papua-Neuguinea schafft.

Federführend in dieser Initiative ist der katholische Bischof von Mendi, Don Lippert. Dieser internationale Tag hat eine starke nationale Verbindung und das macht sich die Initiative zum Vorteil, um das Bewusstsein zu streuen.

Bischof Lippert ist besonders besorgt, dass die COVID-19 Pandemie und einige aktuelle Schweinepestfälle in PNG zum Katalysator für falsche Anschuldigungen und Selbstjustiz werden.

In den letzten Wochen erst gab es polizeiliche Ermittlungen in zwei Fällen von SAV, allerdings hat die Polizei oft nicht genug personelle Ressourcen, um in solchen Fällen angemessen zu ermitteln. (<https://www.abc.net.au/radio-australia/programs/pacificbeat/png-sav-day/12540220>)

Internationaler Tag gegen Hexerei und Zauberei

Zum Internationalen Tag gegen Anschuldigung zu Hexerei und Zauberei haben die katholische Gemeinde der Diözese in Mendi und Mitglieder anderer Kirchen am 10. August gemeinsam einen friedlichen Marsch mit mehr als 3.000 Teilnehmern*innen durchgeführt.

Unter den 3.000 Teilnehmenden waren Studierende und Mitarbeitende der Kumin Grundschule, aber auch Gesundheitsmitarbeitende der örtlichen Gemeinde, Jugend- und Frauengruppen und Beamte des öffentlichen Dienstes.

Die Botschaften wurden auf Plakaten und durch Sprechgesang verbreitet *„Do not kill innocent mothers, fathers and young women. Respect the dignity of persons, especially our mothers and sisters“*.

Unter den eingeladenen Gästen waren auch einige „hochrangige“ Vertreter*innen von Ämtern und Kirche, u.a. der Vikar-General der Diözese von Mendi, Fr Pius Hal, der Bischof der *United Church* und der UN-Frauenbeauftragte, Steven Gari.

Erst kürzlich wurden drei Frauen im Dorf Tulum der Hexerei beschuldigt. Die Frauen wurden aufgeknüpft, gefoltert und gezwungen, die Verantwortung für den Tod der jungen Männer, um die es ging, zu übernehmen.

Fr Pius Hal sagte, es gäbe zwar nur wenige Berichte zu solchen Vorfällen, die düstere Realität jedoch sei, dass viele Frauen immer noch Folterungen ausgesetzt seien. Einige sind sogar dazu gezwungen, ihre Familien und Dörfer zu verlassen.

Er rät weiter davon ab, sogenannte Hexendoktoren aufzusuchen, insbesondere in Zeiten des Verlustes und des Schmerzes über eine Person. Stattdessen bat er dringend, in solchen Fällen einen Autopsie-Bericht von dafür aus-

gebildeten Ärzten anzufordern.

„Wenn Buschärzte eingestellt werden, brauchen sie keine Beweise vorzulegen, um unschuldige und verletzte Menschen zu beschuldigen und dies ist ein Akt des Satanismus. Ärzte sind für solche Angelegenheiten geschult und qualifiziert und können einen medizinischen Nachweis vorlegen, um die Todesursache zu bestätigen,“ so Hal.

Jimmy Suaip, Beauftragter für Familie und sexuelle Gewalt, sagte, dass dieser Tag den Opfern gedenke und das Bewusstsein für Anschuldigungen gegen Hexerei (engl. SAV) schaffe. *„Viele Frauen wurden in abgelegenen Dörfern der Provinz gehängt, gefoltert und getötet, aber die Angehörigen der Opfer berichten uns das nicht, aus Angst vor Vergeltung. Es sollte mehr getan werden, um die verdächtigten Frauen und ihre Familien zu ermutigen, damit sie sich hervorwagen und die Misshandlungen berichten“*, so Jimmy Suaip.

Jenny Karengé, Rechtsanwältin des öffentlichen Rechts, sagte, es gäbe große Notwendigkeit für einen sicheren Zufluchtsort für verängstigte Mütter, welche vor solcher Gefahr und Einschüchterung geflohen sind. Sie verwies aber auch darauf, dass *„es nicht nur die Rolle von Recht und Ordnung ist, diesen Frauen zu helfen, sondern auch eine moralische Verpflichtung jedes Einzelnen ist, ihre Mütter und Schwestern zu beschützen und gegen Hexenanschuldigungen dieser Art anzukämpfen.“*

Die Kundgebung endete mit einem Anspiel und einer Tanzaufführung der Teilnehmenden.
(*The Catholic Reporter, September 2020, Moses Ben*)

Morobeans erheben ihre Stimme gegen die geplante Wafi-Golpu Tiefsee-Abfallentsorgung

Vertreter der ELC-PNG im Bezirk von Lae haben ihre Sorge um Umweltschäden in der jüngsten Versammlung im abgelegenen Bambok Village im Nawaeb Distrikt (Provinz Morobe) zum Ausdruck gebracht.

Sie lehnen eine Tiefseeabfallentsorgung (*Deep Sea Mining Disposal, DSTP*) entschieden ab, denn einen erneuten Vorfall wie im Jahr 2019 mit der Ramu NiCo Schlämme-Ausschüttung, welche die Meeresflora- und Fauna von Basamuk Bay in der Provinz Madang verschmutzt hat, möchten sie auf keinen Fall erleben.

Die Einheimischen sind davon überzeugt, dass die Entsorgung von Minenabfall in den Golf von Huon ein Desaster für das Ökosystem des Meeres bedeuten würde, was wiederum ihr Leben sowie die Zukunft ihrer Kinder erheblich beeinträchtigen würde.

Der Lebensunterhalt der Bewohner*innen des Bambok Village im Nawaeb District wird durch Fischfang gesichert. Die Fische werden dann auf dem Markt verkauft, um so ein kleines Einkommen für sich und die Familie zu generieren. Auch Korallen werden genutzt, um Kalk herzustellen oder *kambang*, welches anschließend verkauft wird.

So hofft nicht nur die Drittklässlerin Nasunu Asunu aus einer Grundschule in Labu-Butu, dass die Pipeline nicht durch ihr Dorf verlaufen möge.

(<https://www.looppng.com/png-news/morobeans-against-dstp-94104>, 17.08.20)

Church Health Services legen Arbeit nieder

Mit dem 3. Juli 2020 haben die katholischen *Health Services* bis auf Weiteres ihre Arbeit in den Gesundheitszentren niedergelegt, da die Regierung ihre Arbeiter*innen nicht mehr bezahlt hat.

Bekanntgegeben wurde der Entschluss auf einer Pressekonferenz am 2. Juli 2020 von der CBC (*Catholic Bishops Conference*) in Port Moresby.

Die Regierung hat über Monate hinweg die Gehälter des Gesundheitspersonals nicht mehr bezahlt. Der Erzbischof von Madang, Anton Bai, ermahnte nun die Regierung, die gesamten Gehälter der letzten Monate an das Personal auszubezahlen, damit diese ihre wertvolle Arbeit für die Kranken und Leidenden fortführen können.

Zwar würdigten die Bischöfe auch die Maßnahmen der Regierung, die Bevölkerung vor Covid-19 bestmöglich zu schützen, ermahnten aber auch die Regierung, bei weiteren Maßnahmen die verfassungsmäßig festgeschriebenen Grundsätze einzuhalten.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung weitere Schritte unternehmen wird, um die Gehälter des Gesundheitspersonals auch rückwirkend auszubezahlen.

(*The National*, 03.07.2020)

Pater Gibbs wird DWU-Dekan

Papua-Neuguinea: Professor Dr. Philipp Gibbs SVD ist zum 1. Januar 2021 zum Dekan der katholischen *Divine Word University* (DWU) in Madang berufen worden.

Philip Gibbs ist Steyler Missionspriester und kommt ursprünglich aus Neuseeland. Er lebt und arbeitet seit 1973 in Papua-Neuguinea. Aktuell ist er Vize-Präsident der *Divine Word University*. Neben seiner theologischen Promotion an der Päpstlichen Universität *Gregoriana* in Rom hat er einen Postgraduierten-Abschluss in Anthropologie an der *Universität Sydney* erworben. Professor Gibbs ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu religiösen und soziokulturellen Themen in Papua-Neuguinea. Zudem ist er Mitglied des Kernkomitees, das Wege sucht, um den *Nationalen Aktionsplan ge-*

gen Gewalt im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Hexerei in Papua-Neuguinea umzusetzen.

Info: Die Steyler Missionare (eigentlich: Gesellschaft des Göttlichen Wortes, SVD) sind eine Ordensgemeinschaft päpstlichen Rechts in der römisch-katholischen Kirche. Die Bezeichnung der Gemeinschaft ist vom Gründungsort Steyl abgeleitet, der heute ein Stadtteil von Venlo in den Niederlanden ist.

Hier ist Gibbs Studie über Hexenwahn in PNG online verfügbar: [https://www.missionhilfe.de/missio/informieren/wofuer-wir-uns-](https://www.missionhilfe.de/missio/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/menschenrechtsstudien/mr-studie-076-hexenwahn-in-papua-neuguinea-de.pdf)

[einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/menschenrechtsstudien/mr-studie-076-hexenwahn-in-papua-neuguinea-de.pdf](https://www.missionhilfe.de/missio/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/menschenrechtsstudien/mr-studie-076-hexenwahn-in-papua-neuguinea-de.pdf)
(Homepage von Missio Aachen, Wikipedia, ASAONET)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Katholische Priester nehmen Stellung zur Sonderautonomie Papuas

Westpapua: Eine Gruppe von 57 katholischen Priestern aus ganz Papua forderte die indonesische Regierung auf, der „*erzwungenen Fortsetzung der Sonderautonomie [Otsus] in Papua*“ Einhalt zu gebieten. Der Sprecher der Gruppe, John Bunai, ein katholischer Priester aus der papuanischen Hauptstadt Jayapura, drängte die indonesische Regierung, politische Entscheidungsträger und lokale Verwaltungen in einer Pressekonferenz Ende Juli, zu bewerten, wie das Otsus-Gesetz durchgesetzt wird und ob es dazu beigetragen hat, das Leben der Papuas zu verbessern.

Das *Gesetz über besondere Autonomie Westpapas* wurde 2001 unter der Regierung der ehemaligen Präsidentin Megawati Soekarnoputri verabschiedet, um den Papuas das Recht zu garantieren, ihre eigene Region politisch, wirtschaftlich und kulturell zu

verwalten. Es sieht auch die Zuweisung spezieller Autonomiefonds vor, die 20 Jahre lang gültig sind.

Da die Finanzierung im nächsten Jahr ausläuft, hat das Repräsentantenhaus die Beratung über den besonderen Autonomiestatus Papuas in die diesjährige Prioritätenliste des Nationalen Gesetzgebungsprogramms (Prolegnas) aufgenommen, dessen Gesetzentwurf auf Initiative der Regierung vorgelegt wurde. Der indonesische Innenminister Tito Karnavian sagte, die Regierung erwäge, den besonderen Autonomiestatus Papuas zu verlängern, wie www.kompas.com berichtete.

Im Januar drängte Tito die Gesetzgeber, den Gesetzesentwurf unverzüglich zu beraten, mit der Begründung, dass der Otsus-Fonds die Entwicklung Papuas beschleunigen und zur Lösung des Problems der Diskriminierung in der Provinz beitragen würde.

„*Was die Regierung [Papua] erzwungen hat, sind [besondere Autonomie-]Fonds. Aber was die Papuas brauchen, sind nicht einfach Gelder; sie brauchen stattdessen ihr Leben, Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Wohlergehen. Das ist es, was sie brauchen, nicht Milliarden von [Rupien]*“, sagte John Bunai der indonesischen Tageszeitung „*The Jakarta Post*“.

John Bunai erklärte, dass die Gruppe der Priester keiner politischen Organisation angehöre und dass ihr einziger Zweck nur darin bestünde, für Menschlichkeit und Wahrheit zu kämpfen, weil sie als einheimische Papuas über die Jahre eine lange Geschichte der Gewalt gegen einheimische Papuas miterlebt hätten.

„*Wenn wir [die katholischen Priester] schweigen, während unser Volk weint, verletzt und getötet wird, dann scheint es, dass wir die Gewalt unterstützen. Wir müssen unsere Stimme erheben. Dies sind die Menschen, die Gott uns anvertraut hat*“, sagte Bunai.

Die Gruppe von Priestern drängt

die Regierung, einen friedlichen Dialog zwischen Papua und Jakarta in Anwesenheit einer neutralen dritten Partei aufzunehmen. „Das hat die Regierung vor Jahren mit der Bewegung für ein freies Aceh [GAM] in Aceh getan. Sie hätte das auch mit den Papuas tun sollen“, meinte John Bunai.

Menschenrechtsaktivisten*innen und Wissenschaftler*innen haben die Regierung aufgefordert, die Forderung der katholischen Priester zu unterstützen, ebenso wie andere Organisationen in Papua, die ähnliche Forderungen geäußert haben. Sie ergänzten, die katholischen Priester würden die Regierungserklärung, die der besonderen Autonomie Papuas Vorteile gebracht habe, dekonstruieren.

Viele Otsus-Gegner glauben, dass der Fonds, der seit 2002 zur Unterstützung der Entwicklung Papuas verteilt wird, es nicht geschafft hat, die Wirtschaft der Region wachsen zu lassen. Bis heute hat die Regierung Berichten zufolge rund 126 Billionen Rp (8,7 Milliarden US-Dollar) an Otsus-Mitteln sowohl für Papua als auch für die Provinz West-Papua bereitgestellt.

Trotz der hohen Summe ist die Armutsrate in Papua nach wie vor hoch. Die jüngsten Daten von *Statistics Indonesia* (BPS) zeigen, dass Papua und Papua Barat im vergangenen Jahr die beiden Provinzen mit den höchsten Armutsraten des Landes waren. (*Westpapua Netzwerk online 29.07.20*)

† Pastor Sailali Passa

Kanaky: Am 29. Mai verstarb im Alter von 83 Jahren Pastor Sailali Passa in seinem Haus in Rivière-Salée (Nouméa). Passa wurde am 1. November 1936 in Maré geboren und wuchs in Nengone auf. Er studierte Theologie am Collège von Xepenehe. Ab 1962 studierte er in Paris am *Institut Bliothèque international*. Nach seiner Rückkehr nach Kanaky war er von 1986 bis 1992 Präsi-

dent der *Eglise protestante Kanaky Nouvelle-Calédonie* (EPKNC). Außerdem unterrichtete er als Professor am Pastorkolleg von Bethania Theologiestudierende.

Der engagierte Christ setzte sich Zeit seines Lebens für Arme und Schwache ein. 1996 gründete er vor dem Hintergrund des biblischen Gleichnisses vom barmherzigen Samariter die Hilfsorganisation „*Appelé A Devenir Prochain Nouvelle-Calédonie*“.

(Artikel von Julia Ratzmann. *France Info*, 01.06.20, *Les Nouvelles Calédoniennes* 01.06.20)

Save the date! 5. März 2021

Vanuatu: Am Freitag, den 5. März 2021 findet weltweit der Weltgebetstag statt. Die Liturgie für diesen ökumenischen Gottesdienst kommt nächstes Jahr aus Vanuatu. Das Motto des Weltgebetstages lautet „*Build on a strong foundation*“ (dt. Worauf bauen wir?). Mit dem Motto wollen die Frauen ermutigen, das Leben auf den Worten Jesu aufzubauen, die der felsenfeste Grund für alles menschliche Handeln sein sollen. Denn nur so können sie Stürme überleben.

Info: Der Weltgebetstag (WGT, auch bekannt unter: Weltgebets-tag der Frauen) ist die größte ökumenische Basisbewegung von Frauen. Ihr Motto lautet: „Informiert beten – betend handeln“. Der Weltgebetstag wird in über 120 Ländern in ökumenischen Gottesdiensten begangen. Vor Ort bereiten Frauen unterschiedlicher Konfessionen gemeinsam die Gestaltung und Durchführung der Gottesdienste vor. Jedes Jahr schreiben Frauen aus einem anderen Land der Welt die Gottesdienstordnung zum Weltgebets-tag. Der Weltgebetstag findet jeweils am ersten Freitag im März statt. (*www.weltgebetstag.de*)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Arnim Doerfer (arnim.dorfer@mission-einewelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
Mission
EineWelt
Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neudettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de